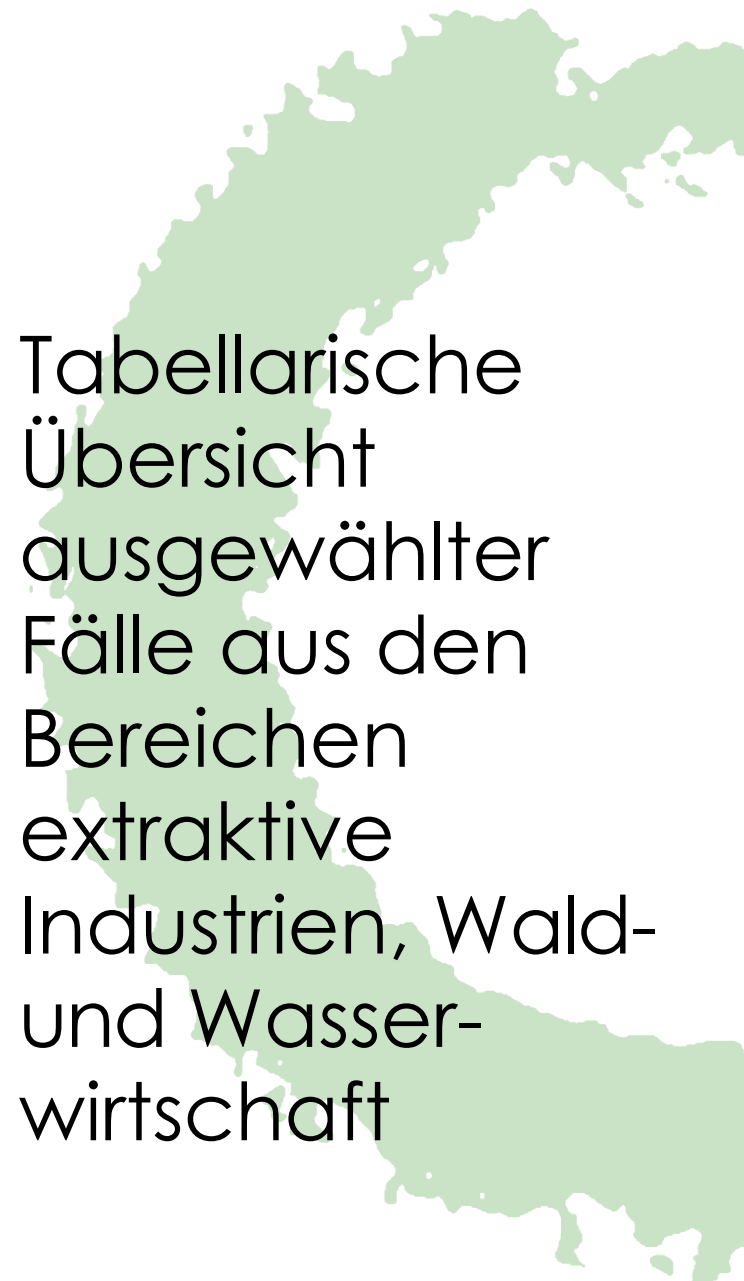




BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION • INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN

A light green silhouette of the map of Germany is positioned in the background of the text.

Tabellarische
Übersicht
ausgewählter
Fälle aus den
Bereichen
extraktive
Industrien, Wald-
und Wasser-
wirtschaft

KATALOG



BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION

B · I · C · C

Ressourcen und Konflikte.

Tabellarische Übersicht ausgewählter Fälle aus den Bereichen extraktive Industrien, Wald- und Wasserwirtschaft

Katalog im Rahmen des Themenfelds 'Ressourcen und Konflikte',
Teilprojekt 1: 'Natürliche Ressourcen, Umweltzerstörung und gewaltsamer
Konfliktaustrag: Zum Verhältnis von Unternehmen und lokalen
Gemeinschaften unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit'

Projektleiter: Dr. Volker Franke
Autoren: Dr. Volker Böge,
Natalia Krieger
BICC, November 2007

**INTERNATIONALES KONVERSIONSZENTRUM BONN -
BONN INTERNATIONAL CENTER FOR CONVERSION (BICC) GMBH**

Director: Peter J. Croll
Chairman of the Board: Deputy Minister Dr. Michael Stückradt
Register of Companies: Bonn HRB 6717

An der Elisabethkirche 25
53113 Bonn, GERMANY
Phone: +49-228-911 96-0
Fax: +49-228-24 12 15
E-Mail: bicc@bicc.de
Internet: www.bicc.de

Abstract

This synopsis on 'resources and conflict' presents 16 contemporary cases in which large projects from the areas of the extractive industries (oil, gas, and mining), logging and water management have led to violent or violence-prone conflicts. The synopsis comprises the core variables that determine the relationship between natural resources and conflict, with the focus on the linkages between private business, state institutions and local communities. The underlying thesis is that a combination of

- extraction of natural resources,
- fragile state structures,
- involvement of external (multinational) enterprises and
- environmental and social impacts of resource extraction on local communities

shape conflict situations in which violent conduct of conflict occurs or violent conflict escalation is an imminent danger.

Accordingly, the synopsis presents—besides some basic data and a brief outline of the case—the main private business actors, state and non-state local actors as well as characteristics of fragile statehood, types of conflict and options for good resource governance.

The introduction to the synopsis explains its structure and the selection of cases, and it elaborates on the core actors and their conflictual relationships. Finally, the concluding remarks present a comparison of cases and conclusions with regard to the prevention and the management of resource conflicts.

Zusammenfassung

Die hier präsentierte Übersicht über "Ressourcen und Konflikte" stellt in prägnanter tabellarischer Form 16 Fälle vor, in denen große Projekte in den Bereichen extraktive Industrien (Bergbau, Erdöl und Erdgas), Wald- und Wasserwirtschaft in verschiedenen Regionen des globalen Südens zu Konflikten geführt bzw. beigetragen haben, die gewaltförmig eskaliert sind oder die ein entsprechendes Eskalationspotenzial bergen. In der Übersicht werden jene Faktoren erfasst, die unter der Fragestellung nach dem Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und (Gewalt-)konflikt von besonderer Relevanz sind. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Verhältnis von privatwirtschaftlichen Akteuren, staatlichen Institutionen und lokalen Gemeinschaften. Dem liegt die These zugrunde, dass eine Kombination von

- Abbau natürlicher Ressourcen,
- fragilen staatlichen Strukturen,
- Engagement externer (oft multinationaler) Unternehmen, sowie schließlich
- ökologisch und sozial gravierenden Folgen solcher Ressourcenextraktion für die lokalen Gemeinschaften vor Ort

zu konfliktiven Konstellationen führt, die gewaltsam eskalieren können bzw. bereits gewaltförmig eskaliert sind.

Dementsprechend umfasst die tabellarische Darstellung -- neben einigen Basisdaten und einer Kurzbeschreibung des jeweiligen Falles -- die Kennzeichnung der involvierten privatwirtschaftlichen, staatlichen und nicht-staatlichen lokalen Akteure, Merkmale fragiler Staatlichkeit, Formen des Konfliktaustrags sowie Optionen für *good resource governance*.

In den einführenden Erläuterungen wird die Auswahl der Fälle und die Struktur des Katalogs begründet und es werden die zentralen Akteure und deren konfliktive Beziehungen vorgestellt. Die auswertenden Schlussbemerkungen schließlich bieten einen Vergleich der Fälle sowie Schlussfolgerungen für die Prävention und Bearbeitung von ressourcen-induzierten Konflikten.

DR. VOLKER FRANKE ist Forschungsleiter im BICC.

DR. VOLKER BÖGE ist Historiker und Friedensforscher. Er arbeitet z.Z als wissenschaftlicher MITARBEITER am Australian Centre for Peace and Conflict Studies an der University of Queensland in Brisbane, Australien. Von 2002 - 2005 war er Senior Researcher am BICC.

NATALIA KRIEGER ist Wissenschaftliche Hilfskraft am BICC.

Die vorliegende Studie wurde durch das BICC mit Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung erarbeitet. Für den Inhalt und die hierin vertretenen Meinungen zeichnen ausschließlich der Projektleiter und die Autoren verantwortlich.

Inhaltsverzeichnis

Abstract	2
Zusammenfassung	3
Einführende Erläuterungen	5
Länderkatalog	12
Angola, Erdölförderung	12
Bangladesch, Bewässerung	13
Burma, Abholzung	14
Demokratische Republik Kongo, Abholzung	16
Demokratische Republik Kongo, Bergbau	18
Indonesien, Papua und Ost-Kalimantan, Abholzung	20
Indonesien, Kupfer-/Goldabbau	21
Indonesien, Erdgasförderung	23
Kambodscha, Abholzung	25
Liberia, Abholzung	26
Nigeria, Erdölförderung	28
Papua-Neuguinea, Kupfer-/Goldabbau	30
Sudan, Erdölförderung	31
Sudan, Bewässerung, Wasserkraft	33
Tschad, Tschad-Kamerun Pipeline	35
Usbekistan / Kirgisien / Tadschikistan / Turkmenistan / Kasachstan, Bewässerung	36
Auswertende Schlussbemerkungen	38
Bibliographie	44

Einführende Erläuterungen

Die hier vorgelegte Übersicht über große Ressourcenprojekte und (Gewalt-)Konflikte ist ein Element im Ensemble der vom BICC im Rahmen des Projekts 'Ressourcen und Konflikte' erstellten Produkte¹; sie ist im Zusammenhang mit diesen zu sehen und dient vor allem dazu, die Allgegenwärtigkeit des Problems und die Bandbreite der Formen des Konfliktaustrags zu illustrieren. Ausgangsthese ist, dass von externen privatwirtschaftlichen Akteuren betriebene große Ressourcenprojekte in fragilen Staaten des globalen Südens aufgrund ihrer sozialen, ökologischen und kulturellen Auswirkungen und ihrer politischen Implikationen zu eskalations-trächtigen Konflikten im Dreiecksverhältnis von Unternehmen, lokalen Gemeinschaften am Ort der Ressourcenextraktion und staatlichen Institutionen führen. Im folgenden Katalog werden ausgewählte Fälle solcher konflikthanfälliger Großprojekte vorgestellt. Dabei werden die wesentlichen Faktoren, die den Zusammenhang und die Dynamik von natürlichen Ressourcen und (gewaltsamem) Konfliktaustrag kennzeichnen, in tabellarischer Form erfasst.

In den folgenden einführenden Erläuterungen wird zunächst erklärt, aus welchen Bereichen die Ressourcenprojekte ausgewählt wurden und welche Überlegungen dieser Auswahl zugrunde liegen. Sodann werden die zentralen Akteure, die in Ressourcenprojekte involviert sind, mit ihren Interessen, Motivationen und Handlungsoptionen kurz skizziert. Danach werden die konfliktiven Beziehungen dieser zentralen Akteure nachgezeichnet. Abschließend wird in den einführenden Erläuterungen die Struktur des Katalogs dargestellt und begründet. Im Katalog selber werden sodann 16 Fälle präsentiert. Die Präsentation erfolgt in alphabetischer Reihenfolge geordnet nach Ländern, in denen die Ressourcenprojekte angesiedelt sind. Die tabellarische Darstellung umfasst neben einigen Basisdaten jeweils eine Kurzbeschreibung des Projekts, die Kennzeichnung der involvierten Akteure und der Formen des Konfliktaustrags sowie der Optionen für *good resource governance*.

Präsentiert werden Fälle aus den Bereichen extraktive Industrien, Wald- und Wasserwirtschaft. Den aktuellen Stand der Forschung zugrunde legend, wird davon ausgegangen, dass Projekte in diesen Bereichen in den Ländern des globalen Südens zu gewaltsamem Konfliktaustrag beigetragen haben, beitragen oder künftig beitragen können.

In Hinsicht auf die extraktiven Industrien (Bergbau, Erdöl und Erdgas) ergibt sich diese Konfliktrichtigkeit aus den ökologischen und sozialen Folgen der Gewinnung von Ressourcen und aus der Konkurrenz um die Verteilung der Einkünfte. Die Ausbeutung nicht-erneuerbarer Ressourcen wie Mineralien, Erdgas und Erdöl führt zur ökologischen Degradation erneuerbarer Ressourcen wie Wasser, Böden und Wälder. Große extraktive Projekte gehen überdies mit massiven Veränderungen der lokalen gesellschaftlichen Strukturen einher. Diese Veränderungen haben im globalen Süden in der Regel zwei Seiten: einerseits positive 'Entwicklung' (Verbesserung der Infrastruktur, des Gesundheits- und Erziehungswesens, Aufschwung der formalen Wirtschaft, Arbeitsplätze im formalen Sektor usw.), andererseits negative soziale Folgen (massive unkontrollierte Zuwanderung, Auflösung der lokalen Sozialbeziehungen, Einschränkung oder gar Zerstörung der lokalen landwirtschaftlichen ökonomischen Basis, kulturelle und spirituelle Verarmung usw.). In der Folge von Umweltzerstörung und sozialem Zerfall kommt es häufig zu Konflikten auf verschiedenen Ebenen: zwischen externen, die Projekte betreibenden, Akteuren und den lokalen

¹ Zu den anderen Produkten zählen ein *Resource Conflict Monitor* mit Datenbank, eine Fallstudie zum BP Tangguh-Erdgasprojekt in Indonesien sowie eine Übersichtsstudie zu den Positionen und Strategien großer nationaler und internationaler Geber im Themenfeld 'Ressourcen und Konflikte' sowie schließlich ein *policy paper* mit aus den anderen Studien abgeleiteten Empfehlungen.

Gemeinschaften, zwischen und innerhalb lokaler Gemeinschaften, zwischen den die Projekte unterstützenden Regierungen und staatlichen Institutionen einerseits und lokalen sowie nationalen Gegnern von Projekten und Regierungen andererseits. Zugleich führt die Konkurrenz um die Aufteilung der von den Projekten generierten Einkünften – die im Kontext von armen ressourcenabhängigen Entwicklungsländern oft erhebliche Größenordnungen haben – zu Konflikten innerhalb der politischen Eliten, zwischen Zentralregierungen und Provinzen und/oder anderen lokalen staatlichen Institutionen sowie zwischen Zentralregierungen und (bewaffneten) nach Sezession oder Regierungswechsel strebenden oppositionellen Kräften. So nimmt es nicht Wunder, dass einige zeitgenössische interne oder transnationale Kriege und Gewaltkonflikte in engem Zusammenhang mit Aktivitäten im Bereich der extraktiven Industrien stehen (bekanntestes Beispiel: DR Kongo), und dass einige große Ressourcenextraktionsprojekte wesentlich zur Entstehung von Kriegen und Gewaltkonflikten beigetragen haben (Beispiel: die Panguna-Kupfermine in Papua-Neuguinea/Bougainville).

Großflächige Abholzung von Regenwäldern im globalen Süden ist eines der dringlichsten zeitgenössischen ökologischen Probleme. Die Zerstörung der Regenwälder hat weltweit weitreichende Auswirkungen. Mehr noch und direkter sind die lokalen Gemeinschaften in den Regenwaldgebieten hiervon betroffen. Ihre Umwelt wird zerstört, ihre auf der Waldnutzung basierende (Subsistenz-) Wirtschaft und damit ihre herkömmliche Lebensweise gerät unter Druck. Konflikte zwischen lokalen Gemeinschaften und externen Wirtschaftsakteuren, die an der Inwertsetzung der Waldbestände interessiert sind, haben bereits zu Gewalt geführt. Regierungen und staatliche Stellen sind oft an der Ausbeutung der Wälder beteiligt und unterstützen oft die externen Akteure gegen die lokalen Gemeinschaften. Hinzu kommen Konflikte um die Verteilung der Erlöse zwischen Unternehmen, lokalen Gemeinschaften, Regierungen und staatlichen Stellen der verschiedenen Ebenen. In solchen Situationen können gewaltförmige Konflikte entstehen. Ebenso gibt es eine Reihe von Fällen, in denen die Einkünfte aus der Abholzung zur Finanzierung von Konfliktparteien in internen Kriegen und Gewaltkonflikten gedient haben.

Schließlich sind auch große wasserbauliche Projekte wie Großstaudämme oder großflächige Bewässerungssysteme konfliktträchtig. Auch sie haben negative Umweltauswirkungen (z.B. Überflutung von landwirtschaftlich genutzten Flächen, Versalzung und Verschlammung, Fischsterben) und negative soziale Folgen (wie (zwangsweise) Umsiedlungen, massive Zuwanderung, Zerstörung kleinbäuerlicher Wirtschaften zu Gunsten der agroindustriellen Produktion von *cash-crops* oder Zunahme von Krankheiten, die durch verschmutztes Wasser verursacht werden. Konflikte zwischen betroffenen lokalen Gemeinschaften sowie Projektbetreibern und staatlichen Institutionen sind oft die Folge. Hinzu kommen Konflikte zwischen verschiedenen Nutzergruppen um die Aufteilung des Wassers und weiterer sich aus den Projekten ergebender Vorteile. Zwar hat es bisher keine 'Wasserkriege' gegeben, wohl aber gewaltsame oder gewaltträchtige wasserbezogene Konflikte im lokalen und regionalen Rahmen.

Die hier präsentierten Konflikte um natürliche Ressourcen entwickeln sich im Dreiecksverhältnis von Unternehmen, lokalen Gemeinschaften und Staat. Die Unternehmen sind (häufig externe) relativ starke Akteure, deren Kapitalkraft, Technologie und Know-How unabdingbar sind, um die infrage stehenden Ressourcenprojekte zu realisieren. Sie sind '*big footprint players*', die im lokalen und regionalen Rahmen zu massiven, häufig irreversiblen, ökologischen und sozialen Veränderungen beitragen. Zugleich sind sie aufgrund der von ihren Projekten generierten Einkünfte wichtige Akteure im nationalen Kontext. Arme ressourcenabhängige Entwicklungs-

länder sind für ihre wirtschaftliche Entwicklung auf sie angewiesen. Die Verteilung und Verwendung der Einkünfte aus ihren Projekten entscheidet über das Wohl und Wehe von Regierungen und Bevölkerungen.

Die lokalen Gemeinschaften am Ort der Ressourcenprojekte sind direkt von deren ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Auswirkungen betroffen. Oft wird ihre gesamte Lebensweise radikal verändert. Diese Veränderungen können zu ihrer Entwicklung beitragen, sie können für sie – wie gezeigt – auch erhebliche Probleme mit sich bringen. In jedem Fall sind die Gemeinschaften gefordert, sich zu den mit den Ressourcenprojekten einhergehenden Veränderungen zu verhalten. Im Vergleich zu den Projektbetreibern sind sie in der Regel schwache Akteure. Sie sind oft gezwungen, in direkte Beziehungen mit den Unternehmen zu treten und mit diesen Arrangements für die Implementierung der Projekte zu finden, da die zuständigen staatlichen Institutionen zu schwach sind oder sich der Aufgabe entziehen, die Interessen ihrer Staatsbürger aus den lokalen Gemeinschaften wahrzunehmen. Diese Schwäche staatlicher Strukturen ist häufig ein wesentliches Element für die Formen des Konfliktaustrags bei Ressourcenprojekten.

In der Tat sind zahlreiche große Ressourcenprojekte in fragilen Staaten des Globalen Südens angesiedelt. Als fragil gelten Staaten, in denen das „Monopol legitimer physischer Gewalt“ (M. Weber) nur unzureichend etabliert ist, die Zentralregierung mithin nicht in der Lage ist, auf dem gesamten Staatsgebiet Recht und Ordnung zu gewährleisten sowie Gewalt zu kontrollieren, in denen ferner staatliche Institutionen nur in unzureichendem Masse weitere grundlegende Güter und Dienstleistungen für die Bevölkerung bereit zu stellen vermögen, und in denen es als Folge dieser Defizite staatlichen Instanzen in der Wahrnehmung großer Sektoren der Bevölkerung an Legitimität gebrochen ist. Fragilität ist mithin eine Frage der Kapazität, der Effizienz und der Legitimität staatlicher Strukturen. Als „typische Dynamiken und Ursachen fragiler Staatlichkeit“ können festgehalten werden „eine Kombination aus lang anhaltenden Gewaltkonflikten, weit verbreiteter Armut und wirtschaftlicher Misere, nicht-demokratischen, intransparenten und zumeist klientelistischen Herrschaftsstrukturen sowie einem ungünstigen regionalen Umfeld“ (Schneckener, 2007, S. 8).

Da sich staatliche Fragilität vor allem auf den rechtsstaatlichen Ordnungsrahmen bezieht, der einen nicht-gewaltsamen Austrag innergesellschaftlicher Konflikte gewährleisten soll, besteht in fragilen Staaten erhöhte Gefahr von Gewaltkonflikten aufgrund der ökologischen und sozialen Auswirkungen von Ressourcenprojekten und der Konkurrenz um die von ihnen generierten Einkünfte. Staatlichen Institutionen fehlen ausreichende Kapazitäten zur effektiven Kontrolle und Regulierung der Projekte und es fehlen die Kapazitäten und/oder der politische Wille, die Einkünfte aus den Projekten angemessen, verantwortlich und transparent im Interesse der Entwicklung des Landes und des Wohles der Bevölkerung einzusetzen. Stattdessen herrschen häufig Misswirtschaft und Korruption. Kurz: es fehlt an *good resource governance*.²

Unter derartigen Bedingungen steht im Zentrum von Ressourcenkonflikten das Verhältnis zwischen den die Ressourcen ausbeutenden (oft multinationalen) Unternehmen und den lokalen Gemeinschaften am Ort des Ressourcenabbaus. Diesem Verhältnis kommt besonderes Gewicht zu, weil angesichts der relativen Schwäche staatlicher Institutionen die regelnde und vermittelnde Rolle des Staates nur begrenzt wirksam werden kann. Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit und der Implementierung von Recht und Gesetz führen zu Rechtsunsicher-

² Zum Konzept der *resource governance* s. Schure, 2007.

heit sowohl bei den Unternehmen als auch den lokalen Gemeinschaften. Sie können sich nicht (hinreichend) auf die Recht setzenden und Recht durchsetzenden Institutionen des Staates verlassen. Das öffnet den Raum für (eskalationsträchtige) Konflikte. Unternehmen und Gemeinschaften sind daher darauf verwiesen, ihre Beziehungen direkt zu regeln. Unverbindliche internationale Regelungsinstrumente (wie etwa *Codes of Conduct* oder Prinzipienkataloge wie die *Equator Principles* oder die *Voluntary Principles on Security on Human Rights*) auf Seiten der Unternehmen und traditionelles Gewohnheitsrecht (*customary law*) auf Seiten der lokalen Gemeinschaften kommen unter diesen Bedingungen verstärkt ins Spiel.

Auch die Schwäche, Unzuverlässigkeit oder Unkontrollierbarkeit staatlicher Sicherheitskräfte – auch das Merkmale fragiler Staatlichkeit – schaffen für Unternehmen und lokale Gemeinschaften Probleme. Oft können sich weder Unternehmen noch lokale Gemeinschaften auf den Schutz der dafür zuständigen staatlichen Organe verlassen. Die sich daraus ergebende Neigung zu privater Sicherheitsvorsorge ist überaus konfliktträchtig. Unternehmen stehen in der Versuchung, sich mit (oft menschenrechtlich zweifelhaften) privaten Sicherheitsdienstleistern einzulassen; lokale Gemeinschaften neigen dazu, sich zu – gewaltsamem – Selbstschutz zu organisieren und das, was sie als ihr ‚gutes Recht‘ erachten, auf dem Wege – gewaltsamer - Selbsthilfe durchzusetzen oder sich zu diesem Zwecke mit anderen Gewaltakteuren (Rebellen, Milizen) zu verbünden.

Schließlich sehen sich unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit sowohl Unternehmen als auch lokale Gemeinschaften dem Druck von gewaltbereiten und –fähigen Akteuren ausgesetzt, die ihre eigenen eigennützigen Interessen in Hinsicht auf die Ressourcenextraktion verfolgen. Dabei kann es sich sowohl um staatliche Akteure handeln (z.B korrupte Politiker oder Bürokraten oder von der zivilen Regierung nicht kontrollierbare Militärs), als auch um zur Staatsmacht in (gewaltsamer) Opposition stehende Akteure (z.B. *warlords*, Rebellen, Milizen). Unternehmen und lokale Gemeinschaften stehen dann oft vor der Frage, ob sie sich mit korrupten Politikern oder mit Rebellengruppen einlassen oder die mit Kooperationsverweigerung verbundenen Risiken tragen (wobei lokalen Gemeinschaften oft gar keine Wahl gelassen wird...).

Last but not least ist unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit zu gewärtigen, dass über die Verteilung und Verwendung der aus der Ressourcenextraktion geschöpften Einkünfte von Akteuren entschieden wird, die mehr an der eigenen Bereicherung als an ‚Entwicklung‘ interessiert sind. Korruption, mangelnde Transparenz über die Verwendung von Einkünften und die Fehlallokation der Mittel seitens staatlicher Institutionen sind in fragilen Staaten üblich. Andererseits eignen sich bewaffnete Oppositionsgruppen, die unter Bedingungen fragiler Staatlichkeit das staatliche Gewaltmonopol erfolgreich herausfordern, wenn immer möglich die Einkünfte aus der Ressourcenextraktion an – sei es zum Zwecke der Finanzierung ihres Kampfes, sei es zum Zwecke der persönlichen Bereicherung.

Zusammenfassend ist mithin als Ausgangsthese, die der folgenden Präsentation von Fällen zugrunde liegt, festzuhalten, dass eine Kombination von

- Abbau natürlicher Ressourcen,
- fragilen staatlichen Strukturen,
- Engagement externer (oft multinationaler) Unternehmen sowie schließlich
- ökologisch und sozial gravierenden Folgen eines solchen Abbaus von Ressourcen für die lokalen Gemeinschaften vor Ort

zu konfliktiven Konstellationen führt, die gewaltträchtig eskalieren können bzw. bereits gewaltförmig eskaliert sind.

Konflikte können in unterschiedlichen Formen ausgetragen werden und die Formen des Konfliktaustrags können sich im Laufe der Zeit ändern. Konflikt ist nicht gleichbedeutend mit gewaltsamem Konfliktaustrag. In dieser Studie wird mit einem relativ einfachen Muster von Konfliktaustragungsformen und –phasen gearbeitet. Die wesentliche Unterscheidung in Hinsicht auf die Konfliktaustragungsformen ist jene zwischen gewaltförmigem und nicht-gewaltsamem Konfliktaustrag. Gewaltförmige Konflikte können weiter nach Intensität und Reichweite ausdifferenziert werden, angesiedelt zwischen den Polen (transnationaler) ‚Krieg‘ auf der einen Seite und ‚lokaler Gewaltkonflikt niedriger Intensität‘ auf der anderen Seite. Nicht-gewaltsame Konflikte können hochgradig verregelt und daher kaum gewalteskalations-trächtig sein, oder sie können spontan und ungeregt verlaufen und daher das Risiko gewaltsamer Eskalation bergen. In Hinsicht auf die Phasen des Konfliktaustrags wird hier zwischen der prä-Gewaltkonfliktphase, der Phase des gewaltsamen Konfliktaustrags und der post-Gewaltkonfliktphase unterschieden. Dabei lässt sich eine prä-Gewaltkonfliktphase immer erst *a posteriori* bestimmen (man weiß erst hinterher, ob ein Konflikt tatsächlich gewaltsam eskaliert ist). Dennoch lässt sich einschätzen, ob ein Konflikt gewaltträchtig ist und daher Krisen- bzw. Gewaltkonfliktprävention geboten ist. Bei gewaltsam ausgetragenen Konflikten geht es um Management, Eindämmung und Beendigung des Gewaltkonflikts. In post-Gewaltkonfliktphasen ist *post-conflict peacebuilding* – mit den Elementen Wiederaufbau, Rehabilitation und Versöhnung – und Friedensstabilisierung vonnöten. In Hinsicht auf jede Konfliktaustragungsform und jede Konfliktphase stellen sich die Probleme von konfliktiven Ressourcenprojekten in je spezifischer Weise.

Aus dem bisher Gesagten ist die Auswahl der hier präsentierten Fälle ableitbar. Ausgewählt wurden Fälle aus den Bereichen extraktive Industrien, Wald- und Wasserwirtschaft, die in fragilen Staaten angesiedelt sind und im Zusammenhang mit denen bereits gewaltsamer Konfliktaustrag stattgefunden hat oder ein solcher aufgrund der Konfliktkonstellation möglich ist.

Bei der Bestimmung staatlicher Fragilität wird der *Failed States Index* von *Foreign Policy / Fund for Peace* zugrunde gelegt (2006, S. 50 - 58.). Ausgewählt wurden Fälle, die in Staaten situiert sind, welche in diesem Ranking zwischen den Positionen 1 und 50 zu finden sind. Bei der Benennung von Merkmalen fragiler Staatlichkeit wird sich an diesem Index sowie den jüngsten einschlägigen Veröffentlichungen von BMZ und OECD-DAC orientiert³.

Berücksichtigt wird ferner das gesamte Spektrum gewaltsamen Konfliktaustrags zwischen innerstaatlichen und transnationalen Kriegen an dem einen Pol (Beispiel: extraktive Industrien im Ostkongo) und Konflikten niedriger Intensität im lokalen Kontext an dem anderen Pol (Beispiel: Erdölförderung im Tschad).

Schließlich ist auch zu berücksichtigen, dass zwar vielfach Konflikte im Zusammenhang der Nutzung natürlicher Ressourcen in den Bereichen Wasser, Wald und extraktive Industrien zu verzeichnen sind, dass es aber gleichwohl keinen Automatismus gibt, der zwangsläufig zu gewaltsamer Konflikteskalation führt. Vielmehr finden sich auch vielfältige nicht-gewaltsame Formen des Konfliktaustrags. In die Übersicht wurden bewusst auch Fälle aufgenommen, in

³ BMZ, 2007; Jones, Bruce et al., 2007. Weiterführend und für die vergleichende Präsentation zusätzlicher *rankings* vgl. auch Schneckener, Ulrich, 2007. Vgl. ferner die jüngsten Publikationen aus dem INEF zum Thema: Lambach, Daniel und Tobias Debiel (eds.), 2007; Debiel, Tobias und Daniel Lambach (eds.), 2007; Debiel, Tobias, Daniel Lambach und Dieter Reinhardt 2007.

denen es (bisher) nicht zu gewaltsamer Eskalation gekommen ist, sondern in denen gewaltfreie Konfliktregelung (bisher) möglich war. Allerdings wurden Fälle gewählt, die ähnliche Merkmale aufweisen wie solche, die bereits zu gewaltsamem Konfliktaustrag geführt haben und die in eine Konfliktkonstellation eingelassen sind, die bereits früher oder gegenwärtig gewaltsame Formen aufgewiesen hat bzw. aufweist (Beispiel: BP Tangguh-Erdgasprojekt). Der Vergleich zwischen diesen nicht-gewaltförmigen Fällen und gewaltförmigen Fällen kann Hinweise darauf geben, welche Faktoren zu welchen Formen des Konfliktaustrags führen.

Zu betonen ist, dass es sich bei der folgenden Übersicht nur um eine Auswahl von Fällen handelt. Vollständigkeit in irgendeiner Hinsicht wurde nicht angestrebt. Zu betonen ist ferner, dass in die Übersicht lediglich bereits relativ gut dokumentierte Fälle aufgenommen werden konnten. Angesichts der begrenzten Ressourcen und des engen zeitlichen Rahmens dieses Projekts waren umfassendere eigene Forschungen nicht möglich.

Die folgende Übersicht präsentiert in tabellarischer Form die wesentlichen Faktoren, die zur Erfassung der Fälle unter der Fragestellung nach dem Zusammenhang von natürlichen Ressourcen und (Gewalt-)Konflikt im Lichte des bisher zum Verhältnis von Unternehmen, Staat und lokalen Gemeinschaften Gesagten relevant sind

Im Einzelnen werden folgende Kategorien in der Übersicht erfasst:

Projektbezeichnung: Eine Kurzbezeichnung des Falls.

Land/Region: Angabe des Staates, in dem der Fall situiert ist, und genauere räumliche Eingrenzung (Bundesstaat, Provinz, Distrikt, Region o.ä.)

Ressourcenart: Angabe der natürlichen Ressource(n), um die es sich im jeweiligen Fall handelt, z.B. Kupfer oder Erdgas oder Tropenholz.

Kurzbeschreibung: Benennung der wesentlichen Merkmale des Falles, des gesellschaftlich-politischen Umfeldes, der ökologischen und sozialen Folgen, der Relevanz im nationalen und internationalen Rahmen

Akteure: Benennung und kurze Charakterisierung der in den Fall direkt oder indirekt involvierten Akteure (stakeholder), aufgeschlüsselt nach:

- Unternehmen: Benennung des Unternehmens oder der (wichtigsten) Unternehmen, die die Ausbeutung der natürlichen Ressource(n) durchführen;
- Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen: Benennung der von dem/den Ressourcenextraktionsprojekt(en) betroffenen lokalen Gruppen, kurze Charakterisierung ihrer Organisationsform und Interessenvertretungsorgane;
- Staatliche Akteure vor Ort: Benennung jener staatlicher Institutionen, die im lokalen Kontext direkt mit dem Ressourcenprojekt befasst sind und jener Institutionen, die am Ort besonders gewichtige Präsenz zeigen;
- Andere stakeholder: jene relevanten Akteure, die nicht direkt am Ort der Ressourcenextraktion präsent sind, gleichwohl Interesse am Projekt haben und darauf Einfluss nehmen; dazu gehören etwa Zentral- und Provinzregierungen, staatliche Aufsichtsbehörden, nationale und internationale NGOs, Geber-Institutionen, Rebellen Gruppen oder Milizen.

Merkmale fragiler Staatlichkeit: kurze Charakterisierung des Zustands der staatlichen Institutionen, Benennung wesentlicher Defizite (z.B. weit verbreitete Korruption, massive Menschenrechtsverletzungen, mangelhafte territoriale Kontrolle), Position im *Failed States Index*.

Formen des Konfliktaustrags: Unterscheidung nach gewaltsamem und gewaltfreiem Austrag, verschiedene Formen von Gewalt (von militanten Protestdemonstrationen über Sabotage bis zu Krieg), verschiedene Formen nicht-gewaltsamen Konfliktaustrags auf verschiedenen Ebenen (von Verhandlungen und Abkommen auf der internationalen Ebene bis zu Vereinbarungen zwischen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften), Wandel der Konfliktformen über die Zeit im Laufe des Konfliktzyklus.

Optionen für gutes Ressourcenmanagement/Verbesserung der Situation: Benennung der konfliktrelevanten Defizite der Ressourcenverwaltung, Hinweise auf Maßnahmen (sowohl direkt projektbezogen als auch allgemein das politische Projektumfeld betreffend), die ergriffen werden müssten, um die Ressourcenmanagement zu optimieren, gewaltsamem Konfliktaustrag vorzubeugen bzw. solchen zu beenden.

Weiterführende Literatur und Websites: Angabe weniger (3 - 5) weiterführender Titel und Internetseiten, die als Einstieg in eine vertiefte Beschäftigung mit dem jeweiligen Fall genutzt werden können.

Diese Kategorien erlauben es,

- die strukturellen Determinanten der Konfliktkonstellation zu erfassen,
- die Positionen und Interessen der relevanten Konfliktparteien zu benennen,
- ihr Konfliktverhalten sowie den Konfliktverlauf und die Formen des Konfliktaustrags zu kennzeichnen, und schließlich
- Optionen für Konfliktprävention und -regelung anzureißen.

Länderkatalog

Angola, Erdölförderung

Projektbezeichnung	Erdölförderung in Angola/Cabinda
Land/Region	Angola, Exklave Cabinda
Ressourcenart	Erdöl
Kurzbeschreibung	Angola ist nach Nigeria zweitgrößter Erdölproduzent im Afrika südlich der Sahara; fast 90% der Exporte und 40% des GDP stammen aus dem Erdölsektor, etwa zwei Drittel des angolischen Erdöls kommt aus der Exklave Cabinda (weitgehend Offshore – Förderung); großes Interesse der angolischen Regierung (auch an der Erschließung neuer Erdölvorkommen an Land); Cabinda ist wirtschaftlich und politisch marginalisiert, die Bevölkerung arm, kaum lokale Teilhabe an den Erdöleinkünften; starke Militarisierung der Region; Übergriffe der staatlichen Sicherheitskräfte gegen die Zivilbevölkerung, schwere Menschenrechtsverletzungen; zusehends chinesisches Engagement im angolischen Erdölsektor; Sezessionisten haben (1977) 'Republik Cabinda' ausgerufen, unterhalten 'Cabinda Defence Force' und versuchen, Erdölkonzessionen an ausländische Unternehmen zu vergeben.
Akteure	<ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen <i>Chevron Texaco</i> (Tochterunternehmen <i>Cabinda Gulf Oil Company</i>); <i>Roc Oil</i> (Australien) u.a. - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen Weitgehend Offshore – Förderung, daher keine direkt betroffenen lokalen Gemeinschaften; Bevölkerung Cabindas generell (ca. 250,000 Einwohner) hat eigenständige Geschichte, Kultur und ethnische Identität im Unterschied zu Angola. - Staatliche Akteure vor Ort Provinzregierung, Polizei, Militär, lokale Verwaltung. - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) Verschiedene Fraktionen der Sezessionsbewegung FLEC (Front für die Befreiung der Enklave Cabinda); lokale NGOs MACC (Mpalabanda Bürgervereinigung von Cabinda) und FDC (<i>Cabinda Forum for Dialogue</i>); katholische Kirche.
Formen des Konfliktaustrags	<p>Aktuelle Situation: Gewaltkonflikt niedriger Intensität</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltkonflikt niedriger Intensität zwischen den staatlichen angolischen Sicherheitskräften und der Sezessionsbewegung FLEC, zentrales Motiv dabei ist die Kontrolle über den Erdöltreichtum der Exklave; • Friedensabkommen (<i>Memorandum of Understanding</i>) im Juli 2006 zwischen Regierung und Teilen der FLEC, aber immer noch bewaffnete Auseinandersetzungen; • Streiks der Erdölarbeiter; Entführungen von Chevron-Personal durch die FLEC.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	<p>Failed States Index Ranking Angola: 37</p> <ul style="list-style-type: none"> • Post-Konflikt- Situation; • Korruption, fehlende Transparenz der Verwendung der Erdöleinkünfte;

	<ul style="list-style-type: none"> • Fehlende Legitimität der Zentralregierung in den Augen großer Teile der Bevölkerung in Cabinda, keine staatliche Kontrolle über abgelegene Gebiete der Exklave Cabinda; • Schwache staatliche Präsenz in weiten Landesteilen; • Noch immer große Zahl von internen Flüchtlingen.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Nationale Ebene</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überwindung der Korruption; • Transparenz der Verwendung der Erdöleinkünfte; • Substantielle Autonomie für Cabinda. <p>Lokale Ebene</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklungsprojekte in der Exklave; • Substantielle Beteiligung der Exklave an den Erdöleinnahmen; • Entmilitarisierung der Region.
Weiterführende Informationen und Websites	<p>Cilliers, Jakkie/C. Dietrich (eds.). 2000. <i>Angola's War Economy. The role of oil and diamonds</i>. Pretoria: Institute for Security Studies.</p> <p>Human Rights Watch. 2004. <i>Some Transparency, no accountability. The use of oil revenue in Angola and its impact on human rights</i>. Washington DC, Human Rights Watch.</p> <p>Pham, J. Peter. 2007. „Cabinda: The “Forgotten Conflict” America Can’t Afford to Forget.“ <i>World Defence Review</i>, 05 July (http://www.defenddemocracy.org/)</p> <p>Ploughshares. 2007. „Armed Conflicts Report. Angola – Cabinda“. Update: January (http://www.ploughshares.ca /)</p> <p>http://www.irinnews.org/webspecials/cabinda/default.asp</p>

Bangladesch, Bewässerung

Projektbezeichnung	Farakka-Staudamm / Bewässerung Ganges
Land/Region	Bangladesch / Indien, Ganges-Verlauf
Ressourcenart	Wasser
Kurzbeschreibung	Zwischenstaatlicher Konflikt zwischen Indien und Pakistan ab 1960, ab 1971 zwischen Indien und Bangladesch um Nutzung des Wassers aus dem Ganges: 1974 Errichtung des Farakka-Staudamms durch Indien zur Bewässerung und Regulierung des Durchflusses von Ganges-Wasser aus Indien nach Bangladesch; übermäßige Wasserentnahme in Indien mit ökologischen Schäden für Bangladesch wegen übermäßiger Wasserentnahme: Bodenversalzung, Schäden an Mangrovenwäldern; Abkommen zwischen Indien und Bangladesch zur Nutzung des Wassers aus dem Ganges alle 25 Jahre neu zu verhandeln, zuletzt verhandelt 1996.
Akteure	Keine maßgebliche Rolle im Konflikt
- Unternehmen	Lokale Bevölkerung
- Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen	
- Staatliche Akteure vor Ort	Regierungen von Indien und Bangladesch

- Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	UN-Generalversammlung, weitere Ganges-Anrainerstaaten.
Formen des Konfliktaustrags	<p>Aktuelle Situation: Zwischenstaatlicher Wasserkonflikt auf politischer Ebene</p> <ul style="list-style-type: none"> • Uneinigkeit über die Aufteilung von Ganges-Wasser zwischen Indien und Bangladesch; • Proteste seitens Bangladesch, u.a. Protestnote bei der UN-Generalversammlung 1976; • Langjährige bilaterale Verhandlungen auf Regierungsebene, jedoch ohne nennenswerte Kompromisslösungen; • Keine gewaltsamen Auseinandersetzungen um Wasserzuteilung.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	<p>Failed States Index Ranking Bangladesch: 19</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landesweit unsicheres politisches Umfeld: Gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition, zahlreiche Bombenanschläge, Bandenkriege auf lokaler Ebene; • Schwache Verwaltungsstrukturen, Klientelismus, Korruption; • Massive Menschenrechtsverletzungen seitens staatlicher Institutionen und Sicherheitskräfte; • Sehr angespannte demographische Situation; • Große Bevölkerungsarmut (4. Platz weltweit), keine staatlichen Dienstleistungen für breite Teile der Bevölkerung; • Großflächige Umweltschäden im Ganges-Delta.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Einigung langfristig möglich unter folgenden Bedingungen: Dauerhaftes Abkommen zur Nutzung des Wassers aus dem Ganges unter Einbeziehung der <i>South Asian Association for Regional Cooperation</i> (SAARC) als dritte Partei;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Multilaterale Neuregelung der Wasseraufteilung unter allen Ganges-Anrainern.
Weiterführende Informationen	<p>www.american.edu/ted/ice/indobang.htm (Case study India – Bangladesch Water Dispute); www.transboundarywaters.orst.edu (Case study Ganges); Länderbericht Bangladesch unter www.amnesty.org; Länderinformationen des Auswärtigen Amtes, www.auswaertiges-amt.de.</p>

Burma, Abholzung

Projektbezeichnung	Abholzung, u.a. im N'Mai Hku (Headwaters) Project (China)
Land/Region	Nordburma, v.a. die Staaten Kachin und Karen
Ressourcenart	Wald
Kurzbeschreibung	<p>Holz als Finanzierungsmittel für den anhaltenden Konflikt zwischen der Militärjunta und den ethnischen Rebellengruppen der Bergvölker um Machterhalt in Burma; Autorisierung von thailändischen und kambodschanischen Holzunternehmen zum Waldeinschlag sowohl durch die Zentralregierung als auch durch die Bergvölker: Zentralregierung zur Finanzierung und zum besseren Zugang zu den Verstecken der Rebellen, Bergvölker zur</p>

	Finanzierung der Kämpfe gegen die Zentralregierung; illegale Abholzung; großflächige Wald- und Umweltzerstörungen und Bedrohung der Artenvielfalt; Einnahmen aus dem Holzhandel bei über 100 Mio. US-Dollar pro Jahr.
<p>Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p><i>Myanmar Timber Enterprise</i> (Burma), <i>Htoo Trading Company</i> (Burma); Große Anzahl chinesischer, thailändischer Holzunternehmen sowie Firmen aus anderen Ländern, u.a. <i>De Long Forest Resource Development Ltd</i> (China), <i>Jinxin Company</i> (China), <i>Hong Sen Company</i> (China), <i>Nu Jian Hong Ta Logging Company</i> (China), <i>Yuen Sheng Company</i> (China, N'Mai Hku (Headwaters) Project), <i>Huaxin Group Co. Ltd</i> (China, N'Mai Hku (Headwaters) Project), STB (Thailand), <i>Pathumthani Tangkakarn</i> (Thailand), <i>Thai Teakwood Veneer</i> (Thailand), <i>Thai Pong Sawmills</i> (Thailand), <i>Pathumthani Sawmill</i> (Thailand), <i>Heng Huat Company</i> (Malaysia), PT Sarpindo Graha Sawit Tani (Indonesien). Indigene Bergvölker (<i>hill tribes</i>); Ethnische Rebellengruppen, u.a. <i>New Democratic Army</i> (Kachin), <i>Kachin Independence Organisation</i>, <i>Military Intelligence</i>; Democratic Karen Buddhist Army (DKBA) and the Karen National Union (KNU); Eliten der Provinzbevölkerung, Mafia. Zentralregierung / Militärjunta, <i>State Peace and Development Council</i>, Militärs (Tatmadaw).</p>
Formen des Konfliktaustrags	<p>Aktuelle Situation: Anhaltender innerstaatlicher Konflikt um Waldressourcen mit permanenter Gewaltanwendung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kämpfe zwischen der Zentralregierung und den ethnischen Rebellengruppen mit Todesopfern seitens des Militärs, Rebellen, Dorfbevölkerung und Waldarbeitern, gewaltsame Verhaftungen; • Schwere Menschenrechtsverletzungen und Folter durch alle Parteien.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	<p>Failed States Index Ranking Burma: 18</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schlechte Regierungsführung, Willkür in der Ausübung staatlicher Ämter, schwache Verwaltungsstrukturen, fehlender politischer Wille, staatliche Positionen als Beute partikularer Interessen; • Misswirtschaft, Korruption, u.a. in der Holzbranche; • Große Bevölkerungsarmut, keine staatlichen Dienstleistungen für breite Teile der Bevölkerung; • Repressionen und schwere Menschenrechtsverletzungen, gewaltsame Auflösung von Protesten im Herbst 2007; • Zwangsarbeit und Kinderarbeit; • Großflächige Umweltzerstörungen.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Embargo auf Exporte von Konfliktholz und Holzprodukten, Zertifizierung der Holzexporte. <p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Waffenstillstand zwischen Zentralregierung und

	<p>Rebellengruppen;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Entwicklungsprogramme zur Verbesserung der Lebenslage ethnischer Minderheiten; • Unterbindung illegalen Waldeinschlags; • Effektives und transparentes Management der Erlöse aus dem Ressourcensektor, Bekämpfung der Korruption in der Holzbranche; • Stärkung des nachhaltigen Waldmanagements und Einrichtung von Waldreservaten und Naturschutzfonds; • Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sensibilisierung der Bevölkerung für Fragen des Umweltschutzes und des nachhaltigen Waldmanagements; • Unterstützung des kommunalen Waldmanagements.
Weiterführende Informationen	<p>www.illegal-logging.info Global Witness. 2003. <i>A conflict of interests. The uncertain future of Burma's forests.</i> USAID. 2005. <i>Forests and conflict. A toolkit for intervention.</i> ARD Inc. 2004. <i>Conflict timber: Dimensions of the problem in Asia and Africa.</i></p>

Demokratische Republik Kongo, Abholzung

Projektbezeichnung	Abholzung des Regenwalds
Land/Region	DR Kongo, Kongobecken
Ressourcenart	Wald
Kurzbeschreibung	<p>DR Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt; neben großen Bodenschätzen zweitgrößtes Regenwaldgebiet nach Amazonas-Regenwald; Regenwaldbestände weitestgehend verschont wegen des Bürgerkriegs 1996 – 2002. 2002: fragiler Frieden, weitgehend ignoriertes Moratorium der kongolesischen Regierung auf Vergabe, Ausweitung und Erneuerung von Holzeinschlagskonzessionen; nach Ende des Bürgerkrieges andauernde illegale Abholzung des Urwaldes; großflächige Umweltzerstörungen und Bedrohung globaler Artenvielfalt, Treibhausgasemissionen; Vertreibung der indigenen Regenwaldbewohner durch Waldabschlag, Vernichtung von Lebensgrundlagen (Fisch- und Wildbestände, Pflanzen, Agrarland), keine oder nur minimale Kompensationen; mittlerweile rund 21 Mio. Hektar Wald zerstört; Internationale Konferenz über „nachhaltiges Management der Wälder in der DR Kongo“ im Februar 2007 (DRK, EU, Weltbank): Keine verbindlichen Ergebnisse.</p>
Akteure - Unternehmen	<p>Blattner Group – <i>Safbois</i> (Belgien / USA); Danzer-Gruppe (Deutschland, Tochterunternehmen <i>Siforco, Interholco</i>); ITB SPRL (Libanon); NST (Portugal), kongolesische Tochterunternehmen <i>Sodefor, Soforma, Forabola, CFT</i>; <i>OLAM Congo</i> (Indien/Singapur), <i>Congo Futur – Trans M</i> (Libanon); <i>Sicobois</i> (Belgien).</p>

<ul style="list-style-type: none"> - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort 	<p>Indigene Regenwald-Bewohner: Stämme der Bantu, Bikoro, Twa.</p> <p>Lokale Verwaltung, Polizei, Militär.</p>
<ul style="list-style-type: none"> - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p><i>Congo Basin Forest Partnership</i>, Weltbank (Kreditvergabe), <i>Greenpeace</i>, <i>Robin Wood</i>.</p>
<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktuelle Situation: Instabile Post-Konfliktsituation, Gewaltkonflikte im regionalen Rahmen; innerstaatlicher Konflikt um Waldressourcen mit häufigen Gewaltausbrüchen und Eskalationspotential.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Hohes Konfliktpotential wegen unzureichender oder fehlender Kompensationszahlungen und Zwangsumsiedlungen; • Häufige Proteste der lokalen Bevölkerung in Form von Blockaden der Waldzufahrten für Holzfirmen; • Bei Protesten keine Verhandlungen zwischen der lokalen Bevölkerung und Vertretern der Holzfirmen, sondern gewaltsame Arreste der Protestierenden durch örtliche Polizei und Militärs, Gefängnisstrafen; • Bürgerkrieg 1996-2002, Gewaltkonflikte zwischen rivalisierenden Milizen und Rebellengruppen sowie zwischen diesen und der Armee, aber auch zwischen verschiedenen Fraktionen in der Armee.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking DR Kongo: 2</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kein staatliches Gewaltmonopol, große Landesteile, darunter Waldgebiete, außerhalb zentralstaatlicher Kontrolle; • Gewaltkonflikte, vor allem im ressourcenreichen Osten; • Schlechte Regierungsführung, Willkür in der Ausübung staatlicher Ämter, Korruption, schwache Verwaltungsstrukturen, fehlender politischer Wille, staatliche Positionen als Beute partikularer Interessen; • Große Bevölkerungsarmut, keine staatlichen Dienstleistungen für breite Teile der Bevölkerung; • Schwere Menschenrechtsverletzungen; • Großflächige Umweltzerstörungen.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation</p>	<p>Internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verpflichtende soziale und ökologische Standards für Unternehmen der internationalen Holzindustrie, Abkommen zu <i>Corporate Social Responsibility</i>. <p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung des Abholzungs moratoriums, Ende der illegalen Abholzung; • Nachhaltiges Waldmanagement und Einrichtung von Waldreservaten und Naturschutzfonds im Rahmen der <i>PPP Congo Basin Forest Partnership</i>; • Effektives und transparentes Management der Einkünfte aus dem Ressourcensektor; • Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung der Rechte und Partizipation der Regenwaldbewohner;

	<ul style="list-style-type: none"> • Unterstützung des kommunalen Waldmanagements; • Ausreichende Kompensationen für alle Betroffenen bei Weiterführung der Abholzung.
Weiterführende Informationen	<p>www.illegal-logging.info Greenpeace. 2007. <i>Carving up the Congo</i>. International Tropical Timber Organisation. 2004. "Who is logging the Congo?" <i>ITTO Tropical Forest Update 14/4</i>. Internetseite der Congo Basin Forest Partnership http://www.cbfp.org/en/index.htm</p>

Demokratische Republik Kongo, Bergbau

Projektbezeichnung	Bergbauprojekte in Ostkongo
Land/Region	Demokratische Republik Kongo (DR Kongo); östliche Landesteile: Nord-Kivu, Süd-Kivu, Ituri, (nördliches) Katanga.
Ressourcenart	Kupfer, Gold, Diamanten, Kobalt, Zinn (Zinnerz Cassiterit), Coltan (Tantalit-Colombit) Pyrochlor (Niobium = Colombium), Uran, Bauxit.
Kurzbeschreibung	DR Kongo ist eines der ressourcenreichsten Länder der Welt, insbesondere Bodenschätze im Osten des Landes, dort z.B. größte Goldvorkommen der Welt und ein Drittel der Weltvorkommen an Cassiterit; umfassende Gewaltökonomie während des Krieges (1996-2002); Inwertsetzung natürlicher Ressourcen zur Finanzierung der diversen Kriegsparteien und zur privaten Bereicherung; bis zu vier Mio. Kriegstote, rd. drei Mio. Flüchtlinge; fragiler Frieden seit Ende 2002, im Osten allerdings immer noch Gewaltkonflikte, vor allem um die Kontrolle rohstoffreicher Gebiete, den Zugang zu Minen und die (illegalen) Handelswege; schwache rechtsstaatliche Strukturen; umfassende illegale Exporte der Bergbauprodukte (vor allem nach Ruanda); Minen und Handelswege z.T. unter Kontrolle von Milizen und/oder rivalisierenden Fraktionen des Militärs; Umweltzerstörungen.
Akteure	
- Unternehmen	<i>Anglo-Ashanti Gold</i> (Republik Südafrika), MPA (Republik Südafrika), <i>Barrick Gold</i> (Kanada), <i>Adastra Mining</i> (USA), <i>Phelps Dodge</i> (USA), <i>Anvil Mining</i> (Australien), <i>Somikivu</i> (zeitweilig deutsch), <i>Sominki</i> , <i>Gecamines</i> (staatliches kongolesisches Bergbauunternehmen), eine Anzahl kleinerer kongolesischer Unternehmen, Kleinbergbau in großem Umfang.
- Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen	Kongolesische Tutsi, vor allem Banyamulenge, ethnische Gruppen der Hema und Lendu, ethnische Minderheiten, auf informaler Subsistenzlandwirtschaft gegründete traditionelle Sozialstrukturen, aber auch Kleinbergbau; Verbindungen von ethnischen Gruppen und Milizen; große Anzahl von Flüchtlingen, informelle Siedlungen.
- Staatliche Akteure vor Ort	Militär (FARDC)
- Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	Diverse Milizen und Rebellengruppen (UPC, FNI, FDLR, Mayi-Mayi, Rastas, RCD, FOCA), auch aus Ruanda und Uganda; ruandische Hutu und Tutsi; Regierungen von Ruanda, Uganda, Burundi; Vereinte Nationen (MONUC, Panel of Experts, Sicherheitsrat); Weltbank; internationale NGOs.

<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktuelle Situation: instabile Post-Konfliktsituation, Gewaltkonflikte im regionalen Rahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterschiedliche Konfliktphasen im Laufe der Zeit: Krieg; Gewaltkonflikte zwischen rivalisierenden Milizen und Rebellengruppen sowie zwischen diesen und der Armee, aber auch zwischen verschiedenen Fraktionen in der Armee. • Gewaltsame Zusammenstöße zwischen privaten Sicherheitsfirmen und handwerklichen Bergleuten. • Verbindungen zwischen Unternehmen und Milizen (<i>Anglo Gold Ashanti</i> und FNI z.B.), zwischen Unternehmen und Fraktionen in der Armee (z.B. <i>Anvil Mining</i>). • Auseinandersetzungen zwischen Bergleuten und Händlern.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking DR Kongo: 2</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kein staatliches Gewaltmonopol, große Landesteile außerhalb zentralstaatlicher Kontrolle. • Gewaltkonflikte, vor allem im ressourcenreichen Osten. • Schlechte Regierungsführung, Willkür in der Ausübung staatlicher Ämter, Korruption, schwache Verwaltungsstrukturen, fehlender politischer Wille, staatliche Positionen als Beute von Einzelinteressen. • Keine staatlichen Dienstleistungen in weiten Gebieten. • Schwere Menschenrechtsverletzungen.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation</p>	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schaffung rechtsstaatlicher Strukturen, Aufbau einer Friedensökonomie, Neuverhandlung der Bergbaukonzessionen aus den Kriegszeiten und Gewaltökonomie; • Stärkung der Zoll- und Steuerbehörden sowie staatlicher Institutionen zur Kontrolle des Bergbaus; • Unabhängige <i>Monitoring</i>-Institutionen, Transparenz der Verwendung der Einkünfte, Zertifizierung von Coltan u.a.; • Achtung und Schutz der Menschenrechte; • Ggf. Sanktionen. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Partizipation der lokalen Bevölkerung, Entwicklungsprojekte für die lokalen Gemeinschaften (inklusive der informalen Siedlungen).
<p>Weiterführende Informationen und Websites</p>	<p>Dominic Johnson/Aloys Tegera 2005. <i>Digging Deeper: How the DR Congo's mining policy is failing the country</i>. Goma: Pole Institute.</p> <p>Forum Menschenrechte und Ökumenisches Netz Zentralafrika (Hg.) 2007. <i>Von der Gewalt- zur Friedensökonomie. Deutsche Unternehmen in der Demokratischen Republik Kongo</i>.</p> <p>Global Witness 2005. <i>Under-Mining Peace. The Explosive Trade in Casserite in Eastern DRC</i>. London: Global Witness.</p> <p>NIZA 2006. <i>The State vs. the people. Governance, mining and the transitional regime in the Democratic Republic of Congo</i>. Amsterdam: Netherlands Institute for Southern Africa.</p> <p>www.cenadep.net www.pole-institute.org</p>

Indonesien, Papua und Ost-Kalimantan, Abholzung

Projektbezeichnung	Abholzung des Regenwalds
Land/Region	Indonesien, Papua und Ost-Kalimantan
Ressourcenart	Wald (Tropenhölzer);
Kurzbeschreibung	Mit dem Fall des Suharto-Regimes 1998 Möglichkeit zur Vergabe von Abholzungskonzessionen für lokale Behörden, großflächige illegale Abholzung des indonesischen Regenwalds, mittlerweile mehr als die Hälfte zerstört; nach Rodung Anbau von Monokulturen mit Palmenplantagen; schlechtes Ressourcenmanagement als wichtige Ursache für die Konfliktentwicklung; Vergabe von Abholzungskonzessionen u.a. an Unternehmen der Holzindustrie, Staatsbedienstete und Militärs unter Missachtung der Rechte indigener Bevölkerung; großflächige Umweltzerstörungen und Bedrohung der Artenvielfalt, Treibhausgasemissionen, Waldbrände; Vertreibung der indigenen Regenwaldbewohner durch Abholzung, Vernichtung von Lebensgrundlagen (Fisch- und Wildbestände, Pflanzen, Agrarland), keine oder nur minimale Kompensationen; Internationale Kritik am Vorgehen der indonesischen Regierung (z.B. <i>Robin Wood</i>); September 2007: 100 Mio. US-Dollar Plan zur Erhaltung der Wälder in Kalimantan durch indonesische und australische Regierungen und extraktive Unternehmen.
Akteure - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	<i>Pertamina</i> (Indonesien), <i>Riau Andalan Pulp and Paper</i> (Indonesien), <i>Indah Kiat Pulp and Paper</i> (Indonesien), <i>BHP Billiton</i> (Australien/Großbritannien), <i>United Fiber System</i> (Singapur). Indigene Waldbewohner, v.a. Stämme der Dayak; <i>Indigenous Peoples' Alliance of Archipelago</i> AMAN. Lokale Behörden, Polizei. Private Sicherheitsfirmen der Holzunternehmen, rekrutiert aus dem staatlichen Militär; internationale und indonesische NGOs: <i>Robin Wood</i> , <i>WWF</i> , <i>Greenpeace</i> , <i>Friends of the Earth Indonesia</i> (WALHI); öffentlich-private <i>Indonesia Alliance to Combat Illegal Logging</i> .
Formen des Konfliktaustrags	Aktuelle Situation: Innerstaatlicher Konflikt um Waldressourcen mit sporadischen Gewaltausbrüchen und Eskalationspotential. <ul style="list-style-type: none"> • Unzureichende oder fehlende Kompensationszahlungen und Zwangsumsiedlungen. • Gerichtsverfahren der lokalen Bevölkerung gegen Unternehmen der Holzindustrie und staatliche Behörden. • Häufige Proteste der lokalen Bevölkerung durch Blockaden der Waldzufahrten für Holzfirmen. • Arreste der Stammesältesten durch örtliche Polizei und Militärs, Folter, Zerstörung privaten Eigentums von den Gemeinden.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	Failed States Index Ranking Indonesien: 32 <ul style="list-style-type: none"> • Kein staatliches Gewaltmonopol, große Landesteile, darunter Waldgebiete, außerhalb zentralstaatlicher Kontrolle; • Schwache lokale staatliche Institutionen; • Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Polizei; • Korruption, unzureichende politische Kontrolle von Militär und

	<p>Polizei vor Ort;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Nur rudimentäre staatliche Dienstleistungen (besonders in Gesundheit und Erziehung); • Mangelnde Legitimität staatlicher Institutionen in den Augen der indigenen Bevölkerung; • Großflächige Umweltzerstörungen.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kontrolle der Konzessionsvergabe durch nationale Regierung, nicht lokale Behörden; • Effektives und transparentes Management der Einkünfte aus dem Ressourcensektor, weitere Entwicklung des <i>Multi-stakeholder Forestry Programme</i>; • Wirksame Regelungen zum Stopp der illegalen Abholzung; • Nachhaltiges Waldmanagement, Einrichtung von Waldreservaten und Naturschutzfonds; • Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung der Rechte und Partizipation der Regenwald-Bewohner; • Management der Waldressourcen durch indigene Bevölkerung; • Ausreichende Kompensationen für alle Betroffenen bei Weiterführung der Abholzung.
Weiterführende Informationen	<p>www.illegal-logging.info UNEP. 2007. <i>The last stand of the orangutan. State of emergency: Illegal logging, fire and palm oil in Indonesia's national parks.</i> Januar 2007. USAID. 2005. <i>Forests and conflict. A toolkit for intervention.</i> Tebtebba (Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education). <i>Globalization: Effects on Indigenous Peoples.</i> http://www.tebtebba.org/tebtebba_files/forms/ifgmap1.pdf (Stand: 07.12.2007).</p>

Indonesien, Kupfer-/Goldabbau

Projektbezeichnung	Grasberg-Mine
Land/Region	Indonesien, Provinz Papua
Ressourcenart	Kupfer, Gold
Kurzbeschreibung	Z.Z. größte Kupfer- und Goldmine der Welt (Tagebau); massive Umweltzerstörungen; einschneidende Veränderungen der lokalen sozialen Strukturen (Zerstörung traditionaler Subsistenzwirtschaft, Zuwanderung von außen, Urbanisierung); größter einzelner Steuerzahler in Indonesien; großes Interesse des indonesischen Staats an der Mine, enge Verbindung Unternehmen - Militär; schwieriges politisches Umfeld aufgrund des Konflikts zwischen indonesischem Staat und papuanischer Bewegung für Selbstbestimmung / Unabhängigkeit und aufgrund des Gegensatzes zwischen indigener papuanischer (christlicher)

	<p>Bevölkerung und zugewanderten (moslemischen) Indonesiern aus anderen Landesteilen; relativ große Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft; schwieriges politisches Umfeld auf Grund des Konflikts zwischen indonesischem Staat und papuanischer Bewegung für Selbstbestimmung/ Unabhängigkeit und auf Grund des Gegensatzes zwischen indigener papuanischer (christlicher) Bevölkerung und zugewanderten (moslemischen) Indonesiern aus anderen Landesteilen.</p>
<p>Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p><i>Freeport McMoRan</i> (USA), indonesische Tochter <i>PT Freeport Indonesia</i> (20% Anteil indonesische Regierung).</p> <p>Indigene Papua-Bevölkerung; im Minengebiet ethnische Gruppe der Amugme, deren Stammesrat LEMASA; verschiedene <i>community-based organizations</i> (CBos). Provinzregierung, Militär, Polizei.</p> <p>Indonesische Regierung, sezessionistische Guerilla OPM, lokale und nationale Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, internationale NGOs (aus USA, Großbritannien u.a.), Kirchen, indonesische moslemische Milizen, papuanische Unabhängigkeitsbewegung.</p>
<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktuelle Situation: Konflikt niedriger Intensität; Wechselnde Formen des Konfliktaustrags im Laufe unterschiedlicher Konfliktphasen über längere Zeit.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bewaffneter Widerstand (OPM), Sabotage, Streiks; • Gewalttätige und gewaltlose Demonstrationen; • Gerichtsverfahren; • Gewaltsame Übergriffe von Polizei und Militär; • Menschenrechtsverletzungen; • Verhandlungen und Abkommen zwischen Unternehmen und Vertretungen der lokalen Bevölkerung; • Internationale Kampagnen.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking Indonesien: 32</p> <ul style="list-style-type: none"> • Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Polizei; • Korruption, unzureichende politische Kontrolle von Militär und Polizei vor Ort; • Nur rudimentäre staatliche Dienstleistungen (besonders in Gesundheit und Erziehung); • Mangelnde Legitimität staatlicher Institutionen in den Augen der papuanischen Bevölkerung.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation</p>	<p>Nötig, aber z.Z. nicht wahrscheinlich:</p> <p>Nationale und regionale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Positive Veränderung des politischen Umfelds, d.h. vor allem Einigung Regierung – papuanische Selbstbestimmungsbewegung, Bekämpfung von Korruption, Rückzug des Militärs und neue Sicherheitsarrangements für die Mine. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Minimierung der Umweltzerstörungen; substantielle

	Entwicklungsfortschritte für die lokale Bevölkerung (Gesundheit, Erziehung); stärkere Partizipation der lokalen Bevölkerung an Erlösen und Entscheidungen aus dem Ressourcensektor; Beschränkung der Zuwanderung; mehr (qualifizierte) Arbeitsplätze für die lokale Bevölkerung auf der Mine.
Weiterführende Informationen und Websites	Global Witness 2005. <i>Paying for Protection. The Freeport Mine and the Indonesian Security Forces</i> . London: Global Witness. ICG 2002. <i>Indonesia: Resources and Conflict in Papua. Asia Report No. 39</i> , International Crisis Group, September. Leith, Denise 2003. <i>The Politics of Power: Freeport in Suharto's Indonesia</i> . Honolulu: University of Hawaii Press. Meek, David/Abigail Abrash Walton 2007. <i>Freeports Façade Fails Amidst Investigations and Divestment</i> . (http://www.jatam.org/english/index2.php)

Indonesien, Erdgasförderung

Projektbezeichnung	Tangguh-Erdgasprojekt
Land/Region	Indonesien, Provinz Papua (bzw. Irian Jaya Barat)
Ressourcenart	Erdgas
Kurzbeschreibung	Erdgasprojekt in der Bintuni-Bucht im Westen Neuguineas: Z.Z. größtes Entwicklungsvorhaben in Indonesien; einschneidende Veränderungen der lokalen sozialen Strukturen (Beeinträchtigung traditionaler Subsistenzwirtschaft, Zuwanderung von außen); großes Interesse des indonesischen Staats und der Provinzregierung(en) am Projekt; integriertes lokales Sicherheitskonzept in Zusammenarbeit mit der lokalen Bevölkerung; schwieriges politisches Umfeld auf Grund des Konflikts zwischen indonesischem Staat und papuanischer Bewegung für Selbstbestimmung / Unabhängigkeit und auf Grund des Gegensatzes zwischen indigener papuanischer (christlicher) Bevölkerung und zugewanderten (moslemischen) Indonesiern aus anderen Landesteilen; relativ große Aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft.
Akteure - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	BP (Großbritannien), indonesische Tochter BP Merau Ltd. Indigene Papua-Bevölkerung; im weiteren Projektgebiet sieben Stämme, unmittelbar betroffen der Stamm der Sumuri; Ältestenräte. Provinzregierung, lokale Verwaltung, Militär, Polizei. Indonesische Regierung, sezessionistische Guerilla OPM, lokale und nationale Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, internationale NGOs, papuanische Unabhängigkeitsbewegung.
Formen des Konfliktaustrags	Aktueller Stand: weitgehend geregelter nicht-gewaltsamer Konfliktaustrag mit Eskalationspotenzial vor allem auf Grund des konfliktiven Umfeldes: <ul style="list-style-type: none"> • Verhandlungen und Abkommen zwischen Unternehmen und Vertretungen der lokalen Bevölkerung;

	<ul style="list-style-type: none"> • Internationale Kampagnen; • Formaler Beschwerdemechanismus; • Friedliche Demonstrationen und Blockaden.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	<p>Failed States Index Ranking Indonesien: 32</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mangelnde Legitimität staatlicher Institutionen in den Augen der papuanischen Bevölkerung, Korruption; • Unzureichende politische Kontrolle von Militär und Polizei vor Ort; • Nur rudimentäre staatliche Dienstleistungen (besonders in Gesundheit und Erziehung); • Schwache lokale staatliche Institutionen; • Menschenrechtsverletzungen durch Militär und Staatlichkeit Polizei.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Nationale und Provinz-Ebene: Risiken aufgrund des schwierigen politischen Umfelds:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Konflikt zwischen indonesischem Staat und papuanischer Unabhängigkeitsbewegung; • Konflikte zwischen papuanischen Provinzen, zwischen indigener Bevölkerung und Zuwanderern; • Risiken auf Grund des unkalkulierbaren Verhaltens von Militär und Polizei. <p>Lokale Ebene: Gegenwärtig ein Beispiel für intensives und relativ erfolgreiches Bemühen um <i>good resource governance</i>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfolgreiche Projekte des <i>community development</i>; • Kulturell sensibler Umgang mit der lokalen Bevölkerung; • Begrenzung der Zuwanderung, Unterstützung lokaler staatlicher Institutionen; • Dialog mit NGOs und internationaler Zivilgesellschaft, ein auf Beteiligung der lokalen Bevölkerung gegründetes Sicherheitskonzept.
Weiterführende Informationen und Websites	<p>ADB 2007. <i>ADB Environmental and Social Monitoring Report. Indonesia: Tangguh Liquefied Natural Gas Project Compliance Monitoring Inception Report</i>. Prepared by GHD External Panel for Environmental and Social Monitoring. June.</p> <p>Böge, Volker 2007. <i>Das BP Tangguh Erdgasprojekt in West-Papua/Indonesien. Ressourcenextraktion in einem fragilen Umfeld</i>. Bonn: BICC.</p> <p>Cernea, Michäl M. 2006. <i>Report of the External Monitoring Panel on LARAP Implementation Performance in the Tangguh Project (I)</i>. May.</p> <p>SEIA 2005. <i>Summary Environmental Impact Assessment. Tangguh LNG Project in Indonesia</i>. June.</p> <p>Tangguh Independent Advisory Panel (TIAP). 2007. <i>Fifth Report on Tangguh LNG Project</i>. March.</p> <p>http://www.bp.com/sectiongenericarticle.do</p>

Kambodscha, Abholzung

Projektbezeichnung	Abholzung in Waldgebieten Kambodschas
Land/Region	Kambodscha
Ressourcenart	Wald
Kurzbeschreibung	Holz während der kambodschanischen Bürgerkriege jahrzehntelang als Finanzierungsmittel von <i>Cambodian Armed Forces</i> und der Roten Khmer eingesetzt; Friedensverhandlungen der Roten Khmer mit der Regierung erst bei Schließung der Grenze zu Thailand und Unterbindung der Holzexporte; 2002 offizielles Verbot kommerzieller Abholzung, trotzdem weiterhin großflächige illegale Rodung in Nationalparks und Kommunalwäldern; ungestrafter illegaler Holzeinschlag insbes. durch Unternehmen mit Beziehungen zur Nationalregierung; großflächige Umweltzerstörungen und Bedrohung weltweiter Artenvielfalt, Treibhausgasemissionen; Vertreibung der indigenen Regenwaldbewohner durch Waldeinschlag, Vernichtung von Lebensgrundlagen (Naturharz, Fisch- und Wildbestände, Pflanzen, Agrarland), keine oder nur minimale Kompensationen; Einnahmen aus dem Holzhandel bei über 100 Mio. US-Dollar pro Jahr.
Akteure - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	<i>Colexim Enterprise</i> (Kambodscha, Japan), <i>Everbright CIG Wood</i> (China) – nachgewiesene illegale Abholzung. Indigene Bergvölker (<i>hill tribes</i>) Polizei Rote Khmer, <i>Cambodian Armed Forces</i> ; Private Sicherheitsfirmen der Holzunternehmen, rekrutiert aus dem staatlichen Militär; Weltbank (Kreditvergabe an Holzunternehmen).
Formen des Konfliktaustrags	Aktuelle Situation: Post-Konfliktsituation, innerstaatlicher Konflikt um Waldressourcen mit sporadischen Gewaltausbrüchen und Eskalationspotential <ul style="list-style-type: none"> • 2002 gewaltsame Auflösung von Protestaktionen der Dorfbevölkerung durch die Polizei, viele Verletzte, ein Todesopfer; • Menschenrechtsverletzungen, Konflikte und Repressionen an der indigenen Bevölkerung durch private Sicherheitsfirmen der Holzunternehmen; • Protestaktionen der Waldbevölkerung.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	Failed States Index Ranking Kambodscha: 47 <ul style="list-style-type: none"> • Schlechte Regierungsführung, Willkür in der Ausübung staatlicher Ämter, Korruption, schwache Verwaltungsstrukturen, fehlender politischer Wille, staatliche Positionen als Beute partikularer Interessen; • Korruption, insbes. im Bereich der illegalen Abholzung; • Menschenrechtsverletzungen, Zwangsumsiedlungen.

Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einhaltung des Verbots der kommerziellen Abholzung, Unterbindung illegalen Waldeinschlags; • Effektives und transparentes Management der Erlöse aus dem Ressourcensektor, Bekämpfung der Korruption in der Holzbranche; • Nachhaltiges Waldmanagement und Einrichtung von Waldreservaten und Naturschutzfonds; • Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung der Rechte und Partizipation der Regenwald-Bewohner; • Unterstützung des kommunalen Waldmanagements.
Weiterführende Informationen	<p>www.illegal-logging.info USAID. 2005. <i>Forests and conflict. A toolkit for intervention.</i> Sierra Club. 2004. <i>Take action to defend the world forests.</i> Amnesty International. 2007. <i>Jahresbericht Kambodscha.</i> Tebtebba (Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education). <i>Globalization: Effects on Indigenous Peoples.</i> http://www.tebtebba.org/tebtebba_files/forms/ifgmap1.pdf (Stand: 07.12.2007).</p>

Liberia, Abholzung

Projektbezeichnung	Abholzung in Waldgebieten Liberias
Land/Region	Liberia
Ressourcenart	Wald
Kurzbeschreibung	<p>Im Bürgerkrieg 1989-2003 Holz als Finanzierungsmittel für Konflikte: Großflächige Abholzungen unter Präsident Taylor, Holz Zahlungsmittel bei illegalen Waffengeschäften und Einkommensquelle für den persönlichen Sicherheitsdienst von Taylor; 2003-2006 UN-Embargo auf Exporte von Holz und Holzprodukten aus Liberia (Resolution 1521); heute illegale Abholzungen u.a. durch ehemalige Rebellen, keine Absprachen mit den Gemeinden zum Waldeinschlag; Urwaldzerstörung, Bedrohung der Artenvielfalt und Treibhausgasemissionen durch Brandrodungen; Vertreibung der indigenen Waldbewohner durch Waldeinschlag, Vernichtung von Lebensgrundlagen (Fisch- und Wildbestände, Pflanzen, Agrarland); Menschenrechtsverletzungen, Konflikte und Repressionen bei der indigenen Bevölkerung; Einnahmen aus dem Holzhandel bei über 100 Mio. US-Dollar pro Jahr.</p>
Akteure - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor	<p><i>Oriental Timber Corporation</i> (Indonesien), <i>Royal Timber Corporation</i> (Indonesien), <i>Tobga Timber Company</i> (Liberia). Indigene Waldbewohner, v.a. Stämme der Kpelle, Bassa, Gio, Kru. Militärs, Polizei.</p>

<p>Ort</p> <p>- Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)</p>	<p>Private Sicherheitsfirmen der Holzunternehmen, rekrutiert aus dem staatlichen Militär; Rebellengruppen <i>Movement for Democracy in Liberia</i>, <i>Liberians United for Reconciliation and Democracy</i>, Global Witness.</p>
<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktuelle Situation: Post-Konfliktsituation, innerstaatlicher Konflikt um Waldressourcen mit häufigen Gewaltausbrüchen und Eskalationspotential</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltsame Übernahme gemeinschaftlicher Agrar- und Waldflächen durch Holzunternehmen; • Menschenrechtsverletzungen, Konflikte und Repressionen an der indigenen Bevölkerung durch private Sicherheitsfirmen der Holzunternehmen; • U.a. Verhaftungen, Folter, starke Umweltverschmutzung und Zerstörung privaten Eigentums der Waldbewohner.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking Liberia: 12</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schlechte Regierungsführung, Willkür in der Ausübung staatlicher Ämter, Korruption, schwache Verwaltungsstrukturen, fehlender politischer Wille, staatliche Positionen als Beute partikularer Interessen; • Kein staatliches Gewaltmonopol, große Landesteile, darunter Waldgebiete, außerhalb zentralstaatlicher Kontrolle; • Große Bevölkerungsarmut, keine staatlichen Dienstleistungen für breite Teile der Bevölkerung, weitgehend zerstörte wirtschaftliche und soziale Infrastruktur; • Schwere Menschenrechtsverletzungen; • Großflächige Umweltzerstörungen.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation</p>	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ressourcenkontrolle durch nationale Regierung, nicht lokale Behörden; • Effektives und transparentes Management der Erlöse aus dem Ressourcensektor; • Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anerkennung der Rechte und Partizipation der Regenwaldbewohner; • Unterstützung des kommunalen Waldmanagements.
<p>Weiterführende Informationen</p>	<p>www.illegal-logging.info USAID. 2005. <i>Forests and conflict. A toolkit for intervention.</i> Sierra Club. 2004. <i>Take action to defend the world forests.</i> Länderinformationen des Auswärtigen Amtes, www.auswaertiges-amt.de; Tebtebba (Indigenous Peoples' International Centre for Policy Research and Education). <i>Globalization: Effects on Indigenous Peoples.</i> http://www.tebtebba.org/tebtebba_files/forms/ifgmap1.pdf (Stand: 07.12.2007).</p>

Nigeria, Erdölförderung

Projektbezeichnung	Erdölförderung im Niger-Delta
Land/Region	Nigeria, Niger-Delta (vor allem Bundesstaaten River und Delta)
Ressourcenart	Erdöl
Kurzbeschreibung	Nigeria ist größter Erdölproduzent im Afrika südlich der Sahara, das Nigerdelta ist bedeutendstes Erdölfördergebiet südlich der Sahara, Erdölförderung durch verschiedene multinationale Unternehmen seit Ende der 1950er Jahre; massives Interesse der nigerianischen Regierung, da Erdöl das Rückgrat der nigerianischen Wirtschaft ist und zu 80% der Staatseinnahmen beiträgt; sehr dichte Besiedlung des Deltas (rund 20 Mio. Menschen); umfassende Umweltzerstörungen; radikale Umwälzung der lokalen gesellschaftlichen Strukturen, vor allem durch massive Beeinträchtigung traditioneller Landwirtschaft und traditionellen Fischfangs; entwicklungspolitische Vernachlässigung der Region seitens der Zentralregierung (Armut, mangelnde schulische und Gesundheitsversorgung); massive Militarisierung der Region; schwere Menschenrechtsverletzungen; heftige Auseinandersetzungen um die Verteilung der Erdöleinkünfte auf verschiedenen Ebenen zwischen verschiedenen Akteuren, zunehmend kriminelle Formen des Widerstands gegen die Erdölförderung, Ölschmuggel, Korruption, zunehmende Privatisierung der Sicherheitsvorsorge.
Akteure - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	<i>Shell</i> (Niederlande), <i>ExxonMobil</i> (USA), <i>Chevron</i> (USA) und andere mehr als 40 ethnische Minderheiten (zahlenmäßig dominant: Ijaw, Itsekiri, Urhobo), deren politische Organisationen (z.B. MOSOP - <i>Movement for the Survival of the Ogoni People</i> , oder IYC - <i>Ijaw Youth Council</i> und <i>Ijaw National Congress</i> - INC), Milizen ethnischer Gruppen (z.B. <i>Niger Delta People's Volunteer Force</i> (NDPVF), <i>Niger Delta Vigilantes</i> (NDV), <i>Movement for the Emancipation of the Niger Delta</i> (MEND)), <i>Community-based organizations</i> (CBOs), traditionelle Ältestenräte. Regierungen der Bundesstaaten im Niger-Delta (Rivers, Bayelsa, Delta), lokale Verwaltungen, Militär, Polizei. nigerianische Regierung, private Sicherheitsfirmen, kriminelle Banden, nationale NGOs (z.B. <i>Niger Delta Community Foundations Initiative</i>) und internationale NGOs (z.B. <i>Greenpeace</i> , <i>Friends of the Earth</i>).
Formen des Konfliktaustrags	Aktueller Stand: Gewaltkonflikt im regionalen Rahmen; Komplizierte Gemengelage von sich überlappenden Konfliktformen über die Zeit und aktuell: <ul style="list-style-type: none"> • Friedliche Proteste seitens der lokalen Zivilgesellschaft, Demonstrationen und Besetzungen von Ölförderanlagen; • Internationale Kampagnen; • Gewaltkonflikte zwischen Milizen ethnischer Gruppen und den Sicherheitskräften der Zentralregierung sowie der Milizen untereinander (besonders zwischen Milizen der Ijaw und Itsekiri), zeitweilig kriegsförmige Eskalation; • Sabotage und Anschläge auf Förderanlagen, Pipelines und andere Einrichtungen sowie das Personal der Erdölunternehmen

	<p>(Erpressungen und Entführungen);</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltsame Erstürmung und Besetzung von Ölplattformen; • Raub und Plünderung (insbesondere <i>oil bunkering</i>); • Gewaltökonomie; • Menschenrechtsverletzungen und Massaker an der lokalen Zivilbevölkerung seitens der staatlichen Sicherheitskräfte; • Kultur der Gewalt im Delta: Gewalt als legitime und erfolgreiche Konfliktaustragungsform; • Konflikte und Verhandlungen zwischen Zentralregierung und Regierungen der Bundesstaaten über Verteilung der Einkünfte, zwischen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften über Kompensationen; • Konflikte zwischen lokalen Gemeinschaften und innerhalb lokaler Gemeinschaften über Kompensationen und Zugang zu anderen Vorteilen, die mit der Präsenz der Erdölunternehmen verbunden sind (Arbeitsplätze, <i>community development</i> – Projekte).
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking Nigeria: 22</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltkonflikte im Niger-Delta und anderen Regionen Nigerias; • Keine Kontrolle der Staatsgewalt über große Teile des Niger-Deltas; • Weit verbreitete Korruption und Menschenrechtsverletzungen; • Hohe Kriminalität; • Sezessionistische Bewegungen; • Weit verbreitete Unruhen; • Privatisierung der Sicherheitsvorsorge; • Mangelnde Legitimität staatlicher Instanzen, insbesondere bei ethnischen Minderheiten.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation</p>	<p>Nationale Ebene: Nötig, aber nicht wahrscheinlich:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Grundlegende Reform der Verteilung der Einkünfte aus der Erdölförderung mit deutlicher Begünstigung der lokalen Gemeinschaften, • Positive Veränderung des politischen Umfelds: Korruptionsbekämpfung, <i>good governance</i> seitens Zentralregierung und Regierungen der Bundesstaaten. <p>Regionale und lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Substantielle Entwicklungsfortschritte für die lokale Bevölkerung; • Minimierung der Umweltschäden und umfassende Rehabilitation der zerstörten Umwelt; • Grundlegende Reform der <i>community-development</i>-Strategien der Unternehmen; • Stärkung der staatlichen Strukturen vor Ort, Kontrolle und Einhegung der staatlichen Sicherheitskräfte, Entmilitarisierung des Deltas.
<p>Weiterführende Informationen und Websites</p>	<p>Amnesty International 2004. <i>Nigeria: Are Human Rights in the Pipeline?</i> London: Amnesty International.</p> <p>Frynas, George Jedrzej 2000. <i>Oil in Nigeria: Conflict and Litigation between Oil Companies and Village Communities</i>. Hamburg: lit-Verlag.</p> <p>International Crisis Group 2007. <i>Nigeria: Ending unrest in the Niger Delta</i>. (= Africa Report No 135). O.O.</p> <p>Human Rights Watch 2005. <i>Rivers and Blood: Guns, Oil and Power in Nigeria's Rivers State</i>. London: Human Rights Watch.</p>

	<p>Manby, Bronwen 1999. <i>The Price of Oil: Corporate Responsibility and Human Rights Violations in Nigeria's Oil Producing Communities</i>. London: Human Rights Watch.</p> <p>Traub-Merz, Rudolf/Douglas Yates 2004. <i>Oil Policy in the Gulf of Guinea. Security and Conflict, Economic Growth, Social Development</i>. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.</p>
--	--

Papua-Neuguinea, Kupfer-/Goldabbau

Projektbezeichnung	Panguna-Mine
Land/Region	Papua-Neuguinea, Bougainville
Ressourcenart	Kupfer, Gold
Kurzbeschreibung	<p>Tagebaumine auf der zu PNG gehörenden Insel Bougainville: in den 80er Jahren größte Kupfermine der Welt und wichtigste Einnahmequelle des jungen Staates PNG; massive Umweltzerstörungen; einschneidende Veränderungen der lokalen sozialen Strukturen (Zerstörung traditionaler Subsistenzwirtschaft, massive Zuwanderung aus anderen Teilen des Landes, Urbanisierung), entwicklungspolitische Vernachlässigung der lokalen Bevölkerung durch Zentralregierung und Unternehmen; Streit um Kompensationen für Umweltzerstörung, Verbindung der Beschwerden über die Mine mit secessionistischen Ambitionen, lang anhaltender innerstaatlicher Krieg, ausgelöst durch Umweltzerstörung und sozialen Verfall.</p> <p>Heute: Peacebuilding in der post-Konfliktphase; die auf Basis eines Friedensvertrags zwischen PNG-Regierung und Rebellen gebildete Autonomieregierung Bougainvilles unter Führung der ehemaligen BRA-Rebellen signalisiert Bereitschaft zu Verhandlungen über Wiederinbetriebnahme der Mine, die immer noch unter Kontrolle einer Fraktion der Rebellen steht (MDF).</p>
<p>Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p><i>Rio Tinto</i> (Australien), vormals <i>Conzinc Riotinto of Australia</i> (CRA), Tochterunternehmen <i>Bougainville Copper Limited</i> (BCL). Landbesitzende Clans; im Minengebiet ethnische Gruppe der Nasioi; Landbesitzervereinigungen: alte und neue <i>Panguna Landowners Association</i> (PLA). Provinzregierung, Polizei, lokale Verwaltung.</p> <p>Regierung Papua-Neuguineas (PNG); secessionistische Guerilla (BRA – <i>Bougainville Revolutionary Army</i>; MDF – <i>Meekamui Defence Force</i>); Kirchen; NGOs.</p>
Formen des Konfliktaustrags	<p>Aktueller Stand: Post-Konfliktphase mit positiver Friedensbildung; Wechselnde Formen im Laufe der Zeit, unterschiedliche Konfliktstufen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1960er und 1980er Jahre: friedliche Demonstrationen und Blockaden; • 1988: Sabotageaktionen; • 1989-1998: Krieg zwischen Sicherheitskräften der Zentralregierung und der BRA, Eroberung und Besetzung des Minengeländes durch BRA (bis heute unter Kontrolle der BRA-

	<p>Abspaltung MDF);</p> <ul style="list-style-type: none"> • Seit 1998: Friedenskonsolidierung in der post-Konfliktphase; • Aktuell: post-Konfliktphase, Bereitschaft zu Neuverhandlungen über Wiederaufnahme des Minenbetriebs.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	<p>Failed States Index Ranking Papua-Neuguinea: 49</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei Ausbruch des Konflikts unzureichende Kontrolle der Polizei vor Ort; • Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte; • Mangelnde Legitimität der Institutionen des Staates PNG in den Augen der lokalen Bevölkerung; • Konflikt zwischen Zentralregierung und Provinzregierung • Kein staatliches Gewaltmonopol im Minengebiet.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Relativ günstige Aussichten für positive Entwicklung:</p> <p>Nationale und Provinz-Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufteilung der Erlöse aus dem Ressourcensektor deutlich zu Gunsten der lokalen Bevölkerung und der Autonomieregierung (auf Kosten von PNG-Zentralregierung und Unternehmen); • Begrenzung der Zuwanderung. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gegenwärtig (seit 1989) kein Minenbetrieb, da Mine von den Rebellen kontrolliert und still gelegt; Bereitschaft für Wiederaufnahme des Betriebs in wichtigen politischen und gesellschaftlichen Sektoren vorhanden, aber auch massive Widerstände; • Umfassender Konsultationsprozess mit allen involvierten Seiten notwendig, insbesondere mit den landbesitzenden Clans im Minengebiet und den von der Mine betroffenen Gebieten; • Umfassende Umweltschutzmaßnahmen, Arbeitsplätze und substanzielle Entwicklungsfortschritte für die lokale Bevölkerung.
Weiterführende Informationen und Websites	<p>Böge, Volker 1998. <i>Bergbau – Umweltzerstörung – Gewalt. Der Krieg auf Bougainville im Kontext der Geschichte ökologisch induzierter Modernisierungskonflikte. Kriege und militante Konflikte</i> Bd.8). Hamburg – Münster: lit-Verlag.</p> <p>Quodling, Paul W. 1991: <i>Bougainville: The Mine and the People</i>. St. Leonards – Auckland: Centre for Independent Studies Ltd.</p> <p>Vernon, Don 2005. „<i>The Panguna Mine.</i>“ In: Regan, Anthony J./Helga M. Griffin (eds.): <i>Bougainville before the conflict</i>. Canberra: Pandanus Books, S. 258-273.</p> <p>Wesley-Smith, Terence A. und Eugene Ogan 1992. "Copper, Class, and Crisis: Changing Relations of Production in Bougainville". <i>Contemporary Pacific</i>, Vol. 4, No. 2, S. 245-267.</p>

Sudan, Erdölförderung

Projektbezeichnung	Erdölförderung im Sudan
Land/Region	Sudan, zentrale und südliche Landesteile (insbesondere Abyei-Region und Upper Nile State)
Ressourcenart	Erdöl

<p>Kurzbeschreibung</p>	<p>Extrem unsicheres politisches Umfeld; Bürgerkrieg 1983-2005 wesentlich mit verursacht durch Auseinandersetzungen um Kontrolle der Erdölressourcen, während des Krieges Angriffe auf Erdölfelder und Infrastruktur, Einkünfte aus Erdöl von der Regierung genutzt für Aufrüstung der Streitkräfte; massive Militarisierung der Region; massive Menschenrechtsverletzungen seitens staatlicher Sicherheitskräfte; großflächige Umweltzerstörungen; Armut und fehlende soziale Dienstleistungen (Gesundheit, Erziehung); minimale <i>community-development</i>-Projekte und Kompensationen; Verletzungen von Landrechten der lokalen Bevölkerung; massive chinesische Interessen am sudanesischen Erdölsektor.</p>
<p>Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p><i>Petronas</i> (Malaysia), <i>China National Petroleum Corporation</i> (CNPC - VR China), <i>Oil and Natural Gas Corporation Limited</i> (ONGC - Indien), <i>Total</i> (Frankreich), <i>Marathon Oil</i> (USA), <i>PetroSA</i> (South Africa), <i>ZP Gulf</i> (Pakistan), <i>Sudan Petroleum Company</i> (SUDAPET), <i>Lundin</i> (Schweden, zeitweilig), <i>Talisman</i> (Kanada, zeitweilig) und andere.</p> <p>(Ngok) Dinka, Maban, Misseriya und andere Stämme.</p> <p>Regierungen der Bundesstaaten, Militär.</p> <p>Regierung des Sudan, Regierung von Südsudan (GOSS), SPLA/SPLM, Milizen, internationale NGOs.</p>
<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktueller Stand: post-Konfliktphase, schwierige Friedensbildung, weiterhin Konflikte niedriger Intensität.</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unterschiedliche Konfliktstufen im Laufe der Zeit: Krieg, Gewaltkonflikt, Konflikte niedriger Intensität im Rahmen von Nachkriegs-Friedenskonsolidierung; • Umfassende Zwangsumsiedlungen unter Einsatz massiver Gewalt seitens staatlicher Sicherheitskräfte und regierungsnaher Milizen mit Tausenden von Opfern unter der Zivilbevölkerung; Sabotage und Anschläge auf Fördereinrichtungen und Pipelines; • Konflikte um Kompensationen, Arbeitsplätze und <i>community-development</i>-Projekte zwischen lokalen Gemeinschaften und Unternehmen sowie zwischen verschiedenen lokalen Gemeinschaften; • Krieg 1983 – 2005 zwischen sudanesischer Zentralregierung und südsudanesischer Sezessionsbewegung - nicht zuletzt um Kontrolle der Ölressourcen; • Friedensabkommen vom Januar 2005 (<i>Comprehensive Peace Agreement</i>, CPA) mit Regelungen über die Aufteilung des Ölreichtums, gleichwohl weiterhin Streit zwischen GOSS und Zentralregierung über faktische Aufteilung.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking Sudan: 1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltkonflikte im Westen Sudans (Darfur), instabiler Friedensprozess im Süden; • Kein staatliches Gewaltmonopol, Milizen und bewaffnete Sezessionsbewegungen; • Korruption und massive Menschenrechtsverletzungen seitens staatlicher Institutionen; • Nur rudimentäre staatliche Strukturen im Gebiet des

	<p>Government of Southern Sudan (GOSS);</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine staatlichen Dienstleistungen für große Teile der Bevölkerung; • Fehlende Legitimität der Zentralregierung und staatlicher Institutionen bei großen Teilen der Bevölkerung, besonders im Süden und Westen.
Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Eindeutige Regelungen für die Aufteilung der Erdöleinkommen zwischen Nord und Süd, Stabilisierung des Friedensprozesses, Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz (wenig wahrscheinlich); • Aufbau funktionsfähiger und legitimer staatlicher Strukturen im Süden. <p>International:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sanktionen bei Nichtbeachtung des CPA.
Weiterführende Informationen und Websites	<p>European Coalition on Oil in Sudan 2006. <i>Oil Development in northern Upper Nile</i>. Sudan.o.O.: ECOS.</p> <p>Gagnon, Georgette/John Ryle 2001. <i>Report of an Investigation into Oil Development, Conflict and Displacement in Western Upper Nile, Sudan</i>. Toronto: Canadian Auto Workers Union.</p> <p>Human Rights Watch 2003. <i>Sudan, Oil and Human Rights</i>. London: Human Rights Watch.</p> <p>www.ecosonline.org</p>

Sudan, Bewässerung, Wasserkraft

Projektbezeichnung	Merowe-Staudamm (<i>Hamdab High Dam</i>)
Land/Region	Nördlicher Sudan
Ressourcenart	Wasser
Kurzbeschreibung	<p>Größtes afrikanisches Projekt zur Errichtung einer Talsperre zwecks Stromerzeugung und Bewässerung; geplante Zwangsumsiedlungen von ca. 60.000 Anwohnern des Stauseegebiets aus einem fruchtbaren Gebiet in die Nubische Wüste; Einstauung des Stausees ohne Vorwarnung seit August 2006; Überflutung archäologischer Stätten; unzureichende oder fehlende Kompensationszahlungen, Zwangsumsiedlungen; steigende Armut unter umgesiedelten Bauern und Nomaden; Proteste der Niltalbewohner gegen das Projekt mit mind. drei Todesopfern im April 2006; Aufruf zum Baustopp und zu unabhängigen Untersuchungen durch UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf angemessenes Wohnen Miloon Kothari im August 2007.</p>
Akteure	<p>- Unternehmen</p> <p>Lahmeyer International (Deutschland) / Alstom (Frankreich) / China International Water&Electric Corp. / China National Water Resources and Hydropower Engineering Corp. / Harbin Power Engineering Company (China) / Jilin Province Transmission and Substation Project Company (China).</p> <p>- Lokale Gemeinschaften und</p> <p>Nomaden und von Landwirtschaft lebende Bewohner des Niltals: Stämme der Manasir, Hamadab und Amri; <i>Nubian Liberation</i></p>

<p>ihre Vertretungen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p><i>Front.</i></p> <p>Nationale Regierung, staatliche Milizen.</p> <p>Ausländische Kreditinstitute (<i>China Import Export Bank, Arab Fund for Economic and Social Development, Saudi / Oman / Abu Dhabi Fund for Development</i>); internationale NGOs (<i>The Corner House, International Rivers Network</i>); UN-Sonderberichterstatler Miloon Kothari.</p>
<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktuelle Situation: Innerstaatlicher Wasserkonflikt mit sporadischen Gewaltausbrüchen und Eskalationspotential</p> <ul style="list-style-type: none"> • Z.T. gewalttätige Protestaktionen der Bevölkerung gegen Regierungssoldaten; • Mindestens drei Todesopfer im August 2006; • Androhungen eines gewaltsamen Widerstands seitens der <i>Nubian Liberation Front</i>; • Hohes Konfliktpotential wegen unzureichender oder fehlender Kompensationszahlungen sowie Zwangsumsiedlungen; • weiteres Konfliktpotential durch mögliche Auseinandersetzungen über Neuzuteilung der Wassernutzungsrechte unter Nil-Anrainern.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking Sudan: 1</p> <ul style="list-style-type: none"> • Landesweit extrem unsicheres politisches Umfeld: Bürgerkrieg 1983-2005; Gewaltkonflikte im Westen Sudans (Darfur), instabiler Friedensprozess im Süden; • Kein staatliches Gewaltmonopol, bewaffnete Sezessionsbewegungen: Fehlende Legitimität der Zentralregierung und staatlicher Institutionen bei großen Teilen der Bevölkerung, besonders im Westen und im Süden; • Korruption, massive Menschenrechtsverletzungen seitens staatlicher Institutionen und Sicherheitskräfte; • Armut, keine staatlichen Dienstleistungen für große Teile der Bevölkerung (Gesundheit, Erziehung); • minimale <i>community-development</i>-Projekte und Kompensationen; • Verletzungen von Landrechten der lokalen Bevölkerung; • großflächige Umweltzerstörungen.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i>/ Verbesserung der Situation</p>	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Wandel der Zentralregierung zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz (wenig wahrscheinlich); • Unabhängige Untersuchung der Situation durch internationale Experten bzw. Menschenrechtsexperten der UN. <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Partizipation der lokalen Bevölkerung; • Ausreichende Kompensationen für alle Betroffenen bei Projektweiterführung; • Erlaubnis einer Ansiedlung an den Ufern des Stausees zwecks Obst- und Gemüseanbau.
<p>Weiterführende Informationen</p>	<p>www.merowedam.gov.sd http://www.lahmeyer.de/d/units/gw/merowe.pdf http://internationalrivers.org http://www.un.org/apps/news/story.asp?NewsID=23617&Cr=sudan&Cr1=</p>

Tschad, Tschad-Kamerun Pipeline

Projektbezeichnung	Tschad-Kamerun Erdöl- und Pipelineprojekt
Land/Region	Tschad (Süden) und Kamerun
Ressourcenart	Erdöl
Kurzbeschreibung	Erdölfelder im südlichen Tschad, eine rund 1000 km lange Pipeline von den Erdölfeldern an die Atlantikküste in Kamerun; größte ausländische privatwirtschaftliche Investition im Afrika der südlichen Sahara; großes Interesse der tschadischen Regierung; schwieriges politisches Umfeld (Gewaltkonflikte im Tschad, Auswirkungen des Krieges in Sudan/Darfur); umfassendes Engagement der Weltbank; ökologische Zerstörungen, Umsiedlungen, Konkurrenz und Konflikt im lokalen Rahmen wegen Arbeitsplätzen, Kompensationen und Zuwanderung von außen; Menschenrechtsverletzungen, zunehmende Armut entlang der Pipeline; große Aufmerksamkeit seitens internationaler Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit.
Akteure - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen)	<i>ExxonMobil</i> (USA) (Mehrheitseigner), beteiligt auch <i>Petronas</i> (Malaysia) und <i>Chevron-Texaco</i> (USA) Stämme im Gebiet der Doba-Ölfelder im Tschad und entlang der Pipeline in Tschad und Kamerun, deren traditionelle Anführer (Älteste), <i>Community-based organizations</i> (CBOs). Regierungen von Tschad und Kamerun, Weltbank, nationale und internationale Zivilgesellschaft und NGOs, tschadische Rebellengruppen (MDJT, ANR, FONALT u.a.), tschadische Sicherheitskräfte.
Formen des Konfliktaustrags	Aktueller Stand: gewaltlos, aber eskalationsträchtig <ul style="list-style-type: none"> • Weitgehend nicht-gewaltlos; • Internationale Kampagnen; Konsultationen und Verhandlungen unter maßgeblicher Beteiligung der Weltbank; • Einrichtung eines gemeinsamen Überwachungsgremiums von Regierung und Zivilgesellschaft zur Kontrolle der Ausgaben gemäß eines '<i>revenue management plans</i>'; • Friedliche Proteste aus der Zivilgesellschaft gegen Nichteinhaltung (<i>non-compliance</i>) der tschadischen Regierung; • Konflikte aus demselben Grund zwischen Weltbank und tschadischer Regierung; • Gewaltkonflikte im lokalen Rahmen zwischen Einheimischen und Zuwanderern.
Merkmale fragiler Staatlichkeit	Failed States Index Ranking Tschad: 6, Kamerun: 36 <ul style="list-style-type: none"> • Interne Gewaltkonflikte im Tschad, Menschenrechtsverletzungen • Missbrauch von Einkünften aus Handel mit Öl (Waffenkäufe), Missachtung des gemeinsamen Gremiums seitens der Regierung, Korruption; • Mangelnde Legitimität der Regierung in den Augen großer Teile der Bevölkerung.

Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation	<p>Nationale und internationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beispiel für <i>public-private partnership</i>, Zusammenwirken von Regierungen, Unternehmen, Weltbank und Zivilgesellschaft, insbesondere gemeinsames Gremium Regierung-Zivilgesellschaft zur Überwachung der Einnahmen aus der Erdölförderung; Nötig, aber wenig wahrscheinlich: • eine Regierung, die sich guter Regierungsführung verschreibt, Bekämpfung von Korruption, Garantie von Rechtsstaatlichkeit und demokratischer Partizipation; • Ggf. Sanktionen gegen die tschadische Regierung bei fortgesetzten Verletzungen der PPP-Vereinbarungen.
Weiterführende Informationen und Websites	<p>Amnesty International 2005. <i>Contracting Out of Human Rights. The Chad-Cameroon pipeline project</i>. London: Amnesty International.</p> <p>Gary, Ian/Nikki Reisch 2005. <i>Chad's Oil: Miracle or Mirage? Following the Money in Africa's Newest Petro State</i>. Baltimore: Catholic Relief Services and Bank Information Centre.</p> <p>Petry, Martin 2003. <i>Wem gehört das schwarze Gold? Engagement für Frieden und Gerechtigkeit in der Auseinandersetzung mit dem Erdölprojekt Tschad/Kamerun</i>. Frankfurt/M.: Brandes&Apsel.</p> <p>Zint, Martin 2006. „Widerstand gegen Ressourcenaneignung.“ <i>Wissenschaft und Frieden</i>, 3/2006, S. 4346.</p> <p>http://www.gic-iag.org/ http://www.ccsrp.td/</p>

Usbekistan / Kirgisien / Tadschikistan / Turkmenistan / Kasachstan, Bewässerung

Projektbezeichnung	Bewässerung Aralseeregion
Land/Region	Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan, Kasachstan
Ressourcenart	Wasser
Kurzbeschreibung	<p>Zwischenstaatliche Konflikte um Wassernutzung in der Aralseeregion: Insbesondere in Usbekistan, Turkmenistan und Tadschikistan starke Abhängigkeit der Volkswirtschaft vom Anbau wasserintensiver Nutzpflanzen; Übermäßige Wasserentnahme aus Aralsee-Zuflüssen Amudarja und Syrdarja zur künstlichen Feldbewässerung, starke Wasserknappheit und Austrocknung des Aralsees.</p> <p>Wasserverteilungsschwierigkeiten: Alle Länder der Region sind auf künstliche Wasserbewässerungssysteme und gemeinsame Wasserversorgung angewiesen; Mangel an Effizienz und Transparenz im Wassermanagement der koordinierenden Einrichtung <i>Interstate Commission for Water Coordination in Central Asia</i>; stärkste Spannungen zwischen Usbekistan und Turkmenistan.</p> <p>Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in folgenden Konstellationen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Usbekistan-Kirgistan: Am oberen Lauf des Syrdarja um die Nutzung des Toktogul-Staudammes; • Usbekistan – Kasachstan: Verteilung des Syrdarja-Wassers in

	<p>Sommerzeiten; Abfluss der zusätzlichen Wassers vom Tschardara-Stausee in Winterzeiten;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Usbekistan – Tadschikistan: Aufbau des Rogun-Staudammes am oberen Lauf des Wachsch-Flusses; • Usbekistan – Turkmenistan: Nutzung des Karakum-Kanals des Amudarja; Rekonstruktion des Karschi-Bewässerungskanals; Verteilung des Wassers des Tujamujin-Stausees; Aufbau des „Sees des Goldenen Zeitalters“ .
<p>Akteure</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unternehmen - Lokale Gemeinschaften und ihre Vertretungen - Staatliche Akteure vor Ort - Andere Stakeholder (z.B. internationale NGOs, Söldnerfirmen) 	<p>Keine maßgebliche Rolle im Konflikt Von Landwirtschaft lebende Bevölkerung</p> <p>Nationale Regierungen</p> <p>Interstate Commission for Water Coordination in Central Asia (1992 errichtet, von Usbekistan dominiert).</p>
<p>Formen des Konfliktaustrags</p>	<p>Aktuelle Situation: Zwischenstaatlicher Wasserkonflikt mit niedriger Intensität und niedrigem Eskalationspotential</p> <ul style="list-style-type: none"> • Größtenteils politische Auseinandersetzungen unter beteiligten Staaten mit gegenseitigen Anschuldigungen bezüglich übermäßiger Wasserentnahme; • Scharmützel, Sabotage von Wasserpumpstationen (Usbekistan – Turkmenistan); • Gewaltsame Auseinandersetzungen um Zugang zu Wasservorräten unter angrenzenden Dorfbewohnern in Kirgisien und Tadschikistan; • Weiteres Konfliktpotential durch das 2003 verabschiedete Dekret zur Umsiedlung von ca. einer Million ethnischer Usbeken zwecks Errichtung des „Sees des Goldenen Zeitalters“ in Turkmenistan sowie Pläne zur weiteren Erhöhung von Agrarflächen.
<p>Merkmale fragiler Staatlichkeit</p>	<p>Failed States Index Ranking Usbekistan: 23, Kirgisien: 28, Tadschikistan: 42, Turkmenistan: 45;</p> <ul style="list-style-type: none"> • Unsicheres politisches Umfeld in ganz Zentralasien: Drogenkonflikte, islamischer Extremismus, ethnische Konflikte, Grenzstreitigkeiten; • Ämterpatronage und Korruption; • Massive Menschenrechtsverletzungen seitens staatlicher Institutionen und Sicherheitskräfte; • Große Bevölkerungsarmut, minimale staatliche Dienstleistungen für breite Teile der Bevölkerung; • Umsiedlung von Umweltflüchtlingen vom Aralsee; • Großflächige Umweltzerstörungen.
<p>Optionen für <i>good resource governance</i> / Verbesserung der Situation</p>	<p>Nationale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überregionales System zur wirksamen und transparenten Verwaltung von Wasserressourcen, keine bilateralen Abkommen; • Einführung von Wassernutzungsquoten; • Verbesserung der ökologischen Situation rund um den Aralsee;

	<ul style="list-style-type: none"> Wandel der Zentralregierungen zu Rechtsstaatlichkeit und Transparenz (wenig wahrscheinlich). <p>Lokale Ebene:</p> <ul style="list-style-type: none"> Wassereinsparung durch effizientere Wasserleitsysteme; Reduzierung der wirtschaftlichen Abhängigkeit von wasserintensiven Agrarprodukten wie Baumwolle und Reis.
Weiterführende Informationen	<p>International Crisis Group. 2002. <i>Central Asia: Water and conflict</i>. Giese, Ernst, Jenniver Sehring und Alexej Trouchine. 2004. <i>Zwischenstaatliche Wassernutzungskonflikte in Zentralasien</i>. Hoffmann, Thomas. 2007. <i>Wasserkrisen in Zentralasien – ökologische und politische Konflikte</i>. http://www.wbzingelheim.de/fileadmin/user_upload/fna/Textfolien_Mittelasien.pdf TAZ. 2003. <i>Wasser in Zentralasien – Großprojekte und potentielle Konflikte</i>. http://www.taz.de/taz/anz/gifs/centralasiaw.pdf</p>

Auswertende Schlussbemerkungen

Die im Voraufgehenden präsentierten Fälle machen deutlich, wie vielfältig die Konfliktformen sind, die sich aus dem Spannungsverhältnis von unternehmerischer Tätigkeit, fragiler Staatlichkeit und lokaler Betroffenheit bei großen Ressourcenprojekten ergeben. In jedem einzelnen Fall wäre eine tiefer gehende kontext-spezifische Analyse von Nöten, um das **Zusammenwirken der verschiedenen konfliktrelevanten Faktoren** genauer erfassen zu können; auf dieser Basis dann wäre eine Einschätzung des jeweiligen **Eskalationspotenzials** vorzunehmen, um schließlich Empfehlungen für **Konfliktprävention bzw. -bearbeitung** abgeben zu können. Gleichwohl lassen sich in der Auswertung der vorgestellten Fälle mit aller Vorsicht einige generelle Aussagen treffen, die eine Orientierung für weiter gehende Forschung wie für politisches Handeln geben können.

Nur in seltenen Fällen führt ein direkter Weg von großen Ressourcenprojekten zu gewaltsamem Konfliktaustrag in großem Maßstab oder gar zu Krieg. Ein gleichsam idealtypischer Fall in dieser Hinsicht ist der Sezessionskrieg auf Bougainville (Papua-Neuguinea), der sich auf die Folgen eines großen Bergbauprojekts zurückführen lässt. Die Erdölförderung im Niger-Delta oder der Bergbau im Ostkongo kommen diesem Idealtypus nahe. Auch hier ist die **Verbindung zwischen Ressourcenextraktion und Gewaltkonflikt** offensichtlich. Gleiches gilt für den Fall der Erdölförderung in Cabinda/Angola. Der dortige gewaltsame Sezessionskonflikt dreht sich ganz wesentlich um den Zugriff auf das Erdöl der Exklave Cabinda. Allerdings zeigen sich beim Vergleich dieser Fälle bereits erste Unterschiede. Während es im Niger-Delta ursprünglich – ebenso wie im Falle Bougainville – die ökologischen und sozialen Folgen des Ressourcenabbaus für die lokale Bevölkerung waren, die ursächlich für die Gewaltkonflikte wurden, waren und sind es in Cabinda/Angola und im Kongo primär die Konkurrenz um die Inwertsetzung der natürlichen Ressourcen und um die Gewinne aus der Ressourcenextraktion, die zur Gewalt führten. Überdies ist es im Falle Niger-Delta eine kleine Zahl von großen Unternehmen, die in den Konflikt involviert sind (in Bougainville war es gar nur ein einzelnes Bergbauunternehmen), während im Ostkongo die privatwirtschaftliche Szene deutlich überschaubarer ist. Konstellationen, in denen ein einzelnes (oder wenige) Großunternehmen in einem fragilen staatlichen Umfeld in einer konfliktiven Beziehung zu den lokalen Gemeinschaften am Ort des Ressourcenabbaus steht, führen in der Regel lediglich zu Gewaltkonflikten auf niedriger

Stufenleiter im lokalen Rahmen (Beispiel Grasberg-Mine/Freeport oder Tschad-Kamerun Pipeline) und lassen sich relativ leicht verregeln und bearbeiten (Beispiel Tangguh-Erdgasprojekt). Problematisch werden solche Fälle erst, wenn sie in einem ohnehin konfliktiven oder gar von gewaltsamem Konfliktaustrag geprägten Umfeld situiert sind (wie etwa Grasberg-Mine/Freeport, Tangguh-Erdgasprojekt oder Tschad-Kamerun-Pipeline). Dann können entsprechende Projekte, auch wenn sie selbst nicht ursächlich für den Gewaltkonflikt sind, zur Verschärfung und Verstetigung des Konflikts beitragen.

Komplizierter sind jene Fälle, in denen eine **Vielzahl von** (meist kleineren) **privatwirtschaftlichen Akteuren** involviert sind, da dies zur Unüberschaubarkeit der Konfliktkonstellation beiträgt. Der Bergbau im Ostkongo oder alle hier präsentierten Fälle des Raubbaus an Tropenholz (DR Kongo, Papua und Ost-Kalimantan in Indonesien, Kambodscha, Liberia und Burma) machen dies deutlich. In der Tat zeichnet sich hier ein bemerkenswerter Unterschied zwischen dem Sektor extraktive Industrien und dem Sektor **Waldwirtschaft** ab. Während große Projekte im Bereich der extraktiven Industrie (Bergbau, Erdöl, Erdgas) auf Grund der Anforderungen an Kapital und Technologie in der Regel von großen multinationalen Unternehmen realisiert werden, hat man es im Bereich der weniger kapital- und technologieintensiven Waldwirtschaft häufig mit relativ kleineren nationalen Unternehmen oder Unternehmen aus Nachbarländern zu tun. Überdies sind oft die Sicherheitskräfte des jeweiligen Landes oder Rebellengruppen direkt in den Raubbau am Tropenholz involviert (Papua und Ost-Kalimantan in Indonesien, Kambodscha, Liberia, Burma). Oft erfolgt Abholzung schlicht jenseits der Legalität; staatliche Institutionen sind nicht fähig oder nicht willens, die Rechtmäßigkeit von holzwirtschaftlichen Projekten zu überprüfen und zu erzwingen. Holzunternehmen wiederum bedienen sich häufig privater Sicherheitsfirmen, die ihre Interessen rücksichtslos durchsetzen. Alle diese Faktoren machen Konfliktbearbeitung im Bereich Waldwirtschaft womöglich schwieriger als Konfliktbearbeitung im Bereich extraktive Industrien. Schließlich ist die Abholzung häufig nicht die Ursache der jeweiligen Gewaltkonflikte, sondern dient den Konfliktparteien vorrangig zur Finanzierung ihrer Gewaltmittel. Lokale Gemeinschaften, die im Bereich der extraktiven Industrien aktiv in eine direkte Konfliktbeziehung zu den Unternehmen treten, sind im Falle der Abholzung zunächst eher passive Objekte, die zu Opfern des Holzeinschlags werden (Vertreibungen, Entzug der auf die Waldnutzung gegründeten Subsistenz) und die sich dann auf die eine oder andere Seite im Konflikt schlagen müssen. Besonders betroffen hiervon sind indigene Waldbewohner (DR Kongo, Papua und Ost-Kalimantan in Indonesien, Kambodscha, Burma).

Während Konflikte im Bereich Waldwirtschaft auf Grund der Vielzahl der Akteure und anderer Faktoren (erinnert sei an die Unzugänglichkeit von Waldgebieten, welche die staatliche Kontrolle erschwert) besonders schwierig einzuhegen scheinen, ist das Eskalationspotential von Projekten im Bereich der Wasserwirtschaft als eher gering zu veranschlagen. Zwar gab und gibt es eine Vielzahl von zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Konflikten um solche Projekte. Doch zeigt die bisherige Erfahrung, dass die Gefahr von zwischenstaatlichen "Wasserkriegen" als gering zu veranschlagen ist. Als Beispiele für entsprechende zwischenstaatliche Konflikte haben wir in den Katalog den Fall des Farakka-Staudamms (Indien-Bangladesch) und den Fall der Bewässerung in der Aralseeregion (Usbekistan, Kirgisien, Tadschikistan, Turkmenistan, Kasachstan) aufgenommen. Trotz der großen Bedeutung der jeweiligen Projekte für die beteiligten Staaten werden die Konflikte auf der politischen Ebene verhandelt und bergen nur niedriges Eskalationspotential; das Verhältnis von privatwirtschaftlichen Unternehmen und lokalen Gemeinschaften spielt in ihnen keine Rolle.

Anders ist es im Falle des Merowe-Staudamms im Sudan, den wir als aktuelles Beispiel eines Konflikts um große Staudammprojekte in den Katalog aufgenommen haben. Solche Mega-Staudämme haben in der Vergangenheit häufig zu Konflikten mit den betroffenen lokalen Gemeinschaften geführt, insbesondere wegen der mit ihnen verbundenen ökologischen Zerstörungen und Zwangsumsiedlungen sowie der unzureichenden Kompensationen. Dies sind auch die zentralen Konfliktgegenstände im Falle des Merowe-Staudamms. Dieser Konflikt ist bereits sporadisch gewaltsam eskaliert. Allerdings beschränkt sich die Eskalation auf den lokalen Kontext. Diese lokale Eingrenzung scheint ein Kennzeichen der Konflikte im Bereich Wasser zu sein. Im Vergleich zu den "großen" Gewaltkonflikten im Sudan (Südsudan, Darfur) ist der Konflikt um den Merowe-Staudamm eindeutig von geringer Bedeutung; doch auch wenn bisher nur wenige Todesopfer zu beklagen sind und "nur" 60.000 Menschen von Zwangsumsiedlungen betroffen sind, so kann es sich für die Betroffenen gleichwohl um eine Tragödie handeln.

Der Fall Merowe-Staudamm macht ebenso wie andere Fälle deutlich, dass **eskalationsträchtige oder gewaltsam eskalierte Konflikte häufig auf mehreren Ebenen angesiedelt sind**. Sehr deutlich wird das gerade im Falle Sudan, und zwar nicht nur in Hinblick auf den Staudamm-Fall, sondern auch und gerade mit Blick auf die Erdölförderung. Die Erdölförderung im Sudan ist zum einen eingebunden in den Großkonflikt zwischen sudanesischer Zentralregierung und Sezessionsbewegung im Süden. Zugleich gibt es aber auch eine Reihe von Konflikten im lokalen Rahmen zwischen Unternehmen und staatlichen Institutionen einerseits und lokalen Gemeinschaften andererseits, die von den ökologischen und sozialen Folgen der Erdölförderung negativ betroffen sind. **Diese lokalen Konflikte können zu Elementen im Großkonflikt auf nationaler Ebene werden, und dieser wiederum kann die lokalen Konflikte anheizen**. Gleiches gilt für die Verschränkung der lokalen und nationalen / supra-lokalen Ebenen etwa in den Fällen Grasberg-Mine/Freeport und Tangguh-Erdgasprojekt in Papua/Indonesien, Bergbau im Ostkongo oder Tschad-Kamerun-Pipeline. Der Fall der Bewässerung in der Aralseeregion zeigt, dass selbst zwischenstaatliche Konflikte und gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Dorfbewohnern miteinander verbunden sein können.

Allen Fällen ist gemein, dass die **Schwäche staatlicher Strukturen wesentlich zu den Konflikten und zu ihrem Eskalationspotential beiträgt**. Die Kapazitäten und die Effizienz staatlicher Institutionen sind nicht ausreichend, um die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und die Verteilung der sich hieraus ergebenden Einkünfte so zu regeln und zu managen, dass allfällige Konflikte eingehegt und bearbeitet werden können. In manchen Fällen fehlt es überdies am politischen Willen hierzu (Bergbau im Ostkongo, Tschad-Kamerun-Pipeline u.a.). Nicht zuletzt mangelt es staatlichen Institutionen in vielen Fällen auch an der Legitimität in den Augen großer Bevölkerungsteile. Den staatlichen Akteuren wird das Recht abgesprochen, über die lokalen Ressourcen zu verfügen (Grasberg-Mine/Freeport und Tangguh-Erdgasprojekt in Indonesien/West-Papua, Erdölförderung in Cabinda/Angola, Panguna-Mine in Papua-Neuguinea/Bougainville, Erdölförderung im Niger-Delta und im Sudan, Abholzung in Burma).

Diesem **Mangel an Legitimität** liegt die Erfahrung zu Grunde, dass die lokalen Ressourcen von externen Akteuren (multinationalen Unternehmen, Zentralregierungen) abgeschöpft werden und zu deren Bereicherung beitragen (nicht zuletzt durch Korruption und bewusstes Missmanagement), während die lokalen Gemeinschaften weitgehend leer ausgehen. Mit anderen Worten: Die Ressourcen werden nicht zur nationalen und lokalen Entwicklung genutzt, sondern von politischen und ökonomischen Eliten missbraucht. **Loyalität gegenüber**

staatlichen Institutionen als Agenten von Entwicklung kann unter solchen Bedingungen nicht entstehen. Mehr oder minder passiver oder aktiver Widerstand gegen die staatlichen Institutionen ist die Folge – bis hin zu gewaltsamen secessionistischen Bewegungen (Grasberg-Mine/Freeport in Indonesien/West-Papua, Panguna-Mine in Papua-Neuguinea/Bougainville, Erdölförderung im Niger-Delta und im Sudan, Erdölförderung in Angola/Cabinda, Abholzung in Burma).

Die **Defizite der Regierungsführung** – und insbesondere die **Defizite der *resource governance***⁴ – machen sich auf allen staatlichen Ebenen bemerkbar, von der nationalen Ebene der Regierungen und zentralen Verwaltungen, wo es oft an politischem Willen und Kapazitäten fehlt (Korruption, Unterausstattung und Unfähigkeit der zuständigen zentralen Behörden, Misswirtschaft), über die Ebene der Provinzen oder anderer mittlerer Ebenen (schwache Verwaltungsstrukturen, Korruption, Einzelinteressen) bis hin zur lokalen Ebene. Auf der lokalen Ebene kommt es oft zu Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte gegen die lokale Bevölkerung, es fehlt der Wille und die Fähigkeit, lokale Gemeinschaften in Entscheidungs- und Implementierungsprozesse einzubeziehen und staatliche Dienstleistungen kommen nur in sehr eingeschränkter Form (wenn überhaupt) an. Unter solchen Bedingungen gewinnen die **direkten Beziehungen zwischen Unternehmen, und lokalen Gemeinschaften vor Ort** zentrale Bedeutung für das Management der Ressourcenprojekte und der damit verbundenen (potenziellen) Konflikte. Ob und wie deren Zusammenwirken funktioniert, ist von Fall zu Fall verschieden. Fälle sind angesiedelt zwischen weitgehend erfolgreicher und wechselseitig vorteilhafter Kooperation (Tangguh-Erdgasprojekt in Indonesien/West-Papua) einerseits und weitgehendem Zusammenbruch von Kooperation andererseits (Erdölförderung im Niger-Delta in Nigeria). Allerdings sind Lernprozesse und Veränderungen im Laufe der Zeit möglich. So war die Panguna-Mine in Papua-Neuguinea/Bougainville zu Beginn der 1990er Jahre ein rundum negativer Fall (schwerer Gewaltkonflikt verursacht durch die Mine, Sezessionskrieg), gegenwärtig hingegen entwickelt sich Panguna zu einem Beispiel eines weitgehend kooperativen, partizipatorischen, inklusiven und verantwortungsvollen Zusammenwirkens von Privatwirtschaft, staatlichen Institutionen und lokalen Gemeinschaften.

Der Fall Panguna/Bougainville verweist auf eine Schwierigkeit der pointierten Präsentation der Fälle in Form eines Katalogs: die diachrone Dimension, d.h. die Veränderungen im Konfliktaustrag im Laufe der Zeit, kann nur unzureichend dargestellt werden. Die Präsentation in Katalogform eignet sich vor allem für "Momentaufnahmen"; bei diesem Katalog galt es aber auch, die Veränderungen über die Zeit gebührend zu erfassen. Nicht nur Panguna/Bougainville, sondern auch weitere vorgestellte Fälle haben erhebliche **Wandlungen der Konfliktaustragungsformen** erfahren, etwa von kriegerischem Konfliktaustrag zu umfassenden *stakeholder*-Dialogen (Panguna-Mine Bougainville/Papua-Neuguinea) oder von weitgehend ökologisch und sozial motivierten friedlichen Protestaktionen zu weit verbreiteten kriminellen Aktivitäten (Erdölförderung im Niger-Delta/Nigeria).

⁴ S. auch: Schure, Jolien. 2007; Paes, Wolf. 2007.

Schaut man auf die Optionen für eine **Verbesserung des Ressourcenmanagements**, so fällt der Blick fast immer auf Defizite bei den Kapazitäten und dem politischen Willen auf der staatlichen Seite. Die Stärkung staatlicher Strukturen, die sie tatsächlich in Stand setzen würde, große Ressourcenprojekte zu managen und zu kontrollieren, und der politische Wille, dieses in einer transparenten und rechtsstaatlichen Weise im Interesse der Staatsbürger des jeweiligen Landes zu tun, ist für gutes Ressourcenmanagement von zentraler Bedeutung. **Gutes Ressourcenmanagement ist allerdings nicht isoliert zu haben, es setzt eine (ausreichend) gute Regierungsführung im weiteren Kontext voraus.** Daher hängt eine merkliche Verbesserung der Situation in zahlreichen Fällen an grundlegenden positiven Veränderungen im nationalen Rahmen und auf Regierungsebene. Das ist oft leider – zumindest kurzfristig – wenig wahrscheinlich (zu nennen sind etwa Tschad, Nigeria, Sudan, DR Kongo, Burma).

Rechtsstaatlichkeit und demokratische Partizipation sowie ein transparentes und rechenschaftspflichtiges Management von Ressourcen und ihrer Einkünfte unter demokratischer öffentlicher Kontrolle, eine strikte Handhabung von Konzessionsvergaben, eine verantwortungsvolle Verwendung der Einkünfte im Interesse nationaler und lokaler Entwicklung sowie ein verständnisvoller Umgang mit den ökologischen, sozialen und kulturellen Folgen von Ressourcenprojekten wären auf dieser nationalen Regierungsebene gefordert. Insbesondere müsste die Bereitschaft hergestellt werden, die Einkünfte zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene in einer Weise zu verteilen, die von allen Beteiligten als gerecht wahrgenommen werden kann. Klare gesetzliche Regelungen der Ressourcensektoren sind vonnöten und es müsste für die unparteiische und effektive Durchsetzung solcher staatlicher Regeln und Gesetze gesorgt werden.

Im lokalen Kontext ginge es um ein **gedeihliches Zusammenwirken von privatwirtschaftlichen, staatlichen und lokalen zivilgesellschaftlichen Akteuren**, um die negativen Folgen von Ressourcenprojekten (z.B. Umweltschäden, Umsiedlungen, Zuwanderung) zu minimieren und die positiven Folgen zu maximieren (wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitsplätze, soziale Dienstleistungen). Die Einbeziehung der lokalen Bevölkerung in Entscheidungs- und Implementierungsprozesse ist ebenso sicherzustellen wie ihre angemessene Entschädigung (Kompensationen) für negative Auswirkungen der Ressourcenprojekte. Besonders konfliktrelevant sind im lokalen Kontext Sicherheitsvorkehrungen; diese dürfen nicht allein die Sicherheit der Ressourcenprojekte im Auge haben, sondern müssen auch die Sicherheit der lokalen Gemeinschaften berücksichtigen. Eine strenge Bindung sowohl staatlicher Sicherheitskräfte als auch privater Sicherheitsfirmen an **menschenrechtliche Standards** ist geboten, aber in vielen Fällen wohl nur schwer durchsetzbar.

Nicht zu unterschätzen ist schließlich die Bedeutung der **Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure** – von internationalen Umwelt- oder Menschenrechts-NGOs bis zu lokalen *community-based* Organisationen – in den weiteren Kontext von *good resource governance*. Sie können wichtige Funktionen als *watchdogs*, Mediatoren, Berater und Informationsvermittler erfüllen. Oft ist es gerade ihre Intervention, die Unternehmen zu einem konfliktsensitiven Verhalten veranlasst. Das gilt allerdings nur für solche Firmen, die zivilgesellschaftlicher Einflussnahme zugänglich sind. Es zeigt sich allerdings, dass zusehends an Ressourcenabbau sowie Wald- und Wasserwirtschaft beteiligte Unternehmen eine Rolle spielen, für die das nicht gilt (erinnert sei an die zunehmende Bedeutung chinesischer Unternehmen in der extraktiven Industrie in Afrika oder die Bedeutung südostasiatischer Holzfirmen).

Auf **internationaler** Ebene kann nur in begrenztem Maße auf *good resource governance* Einfluss genommen werden. Hierfür können einerseits negative Maßnahmen wie Embargos oder Sanktionen sinnvoll sein (etwa gegen die tschadische Regierung bei fortgesetzter Verletzung ihrer Verpflichtungen bezüglich der Tschad-Kamerun-Pipeline oder gegen die sudanesishe Regierung bei Nichtbeachtung des CPA). Andererseits kommt aber auch der **Unterstützung und Förderung internationaler ressourcenbezogener Regime**, Standards, Institutionen und Instrumente wie des Kimberley Prozess, EITI, *Voluntary Principles*, Zertifizierungsmechanismen (jenseits der Diamanten-Zertifizierung, z.B. für Tropenholz oder Mineralien wie Coltan) große Bedeutung zu.

Zurzeit wird ein dichter werdendes Netz internationaler Regime und (teilweise verpflichtender) Standards und Abkommen zur Regulierung der Sektoren extraktive Industrien, Wald- und Wasserwirtschaft geknüpft; dabei ist man in den verschiedenen Bereichen unterschiedlich weit, und es bleibt noch viel zu tun. Diese Verregelung im internationalen Rahmen kann zu Konfliktprävention und konflikt-sensitiver Ressourcenextraktion beitragen. Doch ist zu bedenken, dass letztendlich im nationalstaatlichen Rahmen und durch das Verhalten der Akteure vor Ort entschieden wird, ob Ressourcenkonflikte nicht-gewaltförmig ausgetragen werden oder gewaltsam eskalieren. **Unterstützung** bei der Entwicklung von *good resource governance*, das vor allem Kapazitätsbildung und Effizienzsteigerung erfordert, ist daher eine **zentrale Aufgabe von Entwicklungszusammenarbeit**.

Bibliographie

- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. 2007. „Entwicklungsorientierte Transformation bei fragiler Staatlichkeit und schlechter Regierungsführung.“ *BMZ Konzepte* 149. Bonn.
- Debiel, Tobias und Daniel Lambach (eds.). 2007. „State Failure Revisited II: Actors of Violence and Alternative Forms of Governance“. *INEF Report* 89). Duisburg: INEF.
- Debiel, Tobias, Daniel Lambach und Dieter Reinhardt. 2007. „“Stay engaged“ statt “Let them Fail““. Ein Literaturbericht über entwicklungspolitische Debatten in Zeiten fragiler Staatlichkeit“. *INEF Report* 90. Duisburg: INEF.
- Foreign Policy and Fund for Peace. 2006. “The Failed State Index.“, *Foreign Policy*, No. 154.
- Jones, Bruce et al.. 2007. “From Fragility to Stability: Concepts and Dilemmas of Statebuilding in Fragile States.“ A Research Paper for the OECD Fragile States Group. Draft, 30 September.
- Lambach, Daniel und Tobias Debiel (eds.). 2007. „State Failure Revisited I: Globalization of Security and Neighbourhood Effects“. *INEF Report* 87. Duisburg: INEF.
- Paes, Wolf. 2007. „Resource Conflict Monitor.“ *Policy Paper*. Bonn: BICC, December.
- Schneckener, Ulrich. 2007. „Internationales Statebuilding. Dilemmata, Strategien und Anforderungen an die deutsche Politik.“ *SWP Studie* S10. Berlin.
- Schure, Jolien. 2007. “Governing the Gift of Nature. Resource Conflict Monitor: The Links between Governance, Conflict and Natural Resources.“ *Concept Paper*. Bonn: BICC.